Spendenempfehlung: 3 Euro

Debatte

September 2012

HAMBURG

Ökonomisierung der Jugendpolitik + Schuldenbremse ist Wohlfahrtsbremse + KONTROVERS: Hapag-Lloyd, die Hansestadt und DIE LINKE; Regionalökonomischer Kapitalismus; HLAG-Deal – der falsche Weg + Zerschlagung der offenen Kinder- und Jugendarbeit + Inklusion: Ja und Nein + Allgemeiner Sozialer Dienst + Ökonomisierung des Sozialen: Beispiel Behindertenhilfe + „Ampeldatei“ für jugendliche „Intensivtäter“ + Giftliste der offenen Kinder- und Jugendarbeit + Recht auf Nahrung + Lebendige Geschichtswerkstatt + Die Katze ist aus dem Sack ... oder? + Gegen das neoliberale Diktat + Andalusien: Programmatischer Kompromiss + Israel: „Revolution“ + Stille Unterstützung + Kommentar: Zwischen Bast und Borke + Iran: Stille Unterstützung + Frankensteins Finanzmarkt + Ist dumm, wer arm ist? + Guter Anlauf

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Impressum:
Hamburg Debatte ist das Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE

Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg | Wendenstr. 6, 20097 Hamburg | www.die-linke-hh.de

V.i.S.d.P.: Tilman Rosenau | redaktion@die-linke-hh.de

Redaktion: Kristian Glaser, Christian Kruse, Uli Ludwig, Uwe Post, Tilman Rosenau, Zdravko Sisic

Erweiterte Redaktion: Timm Kunstreich, Hartmut Obens, Norman Paech, Annette Sawatzki, Herbert Schui

Mit Beiträgen von: José Luis Centella, Sieglinde Frieß, Norbert Hackbusch, Michael Hartwig, Timm Kunstreich, Karin Leukefeld, Uli Ludwig, Hans Matthaei, Fabio De Masi, Willy Meyer, Norman Paech, Gerd Pohl, Uwe Post, Anja Post-Martens, Herbert Schui, Jürgen Stahn, Volker Völdisch, Prof. Moshe Zuckermann

Abbildungen: Hapag-Lloyd (Seiten: 6/7, 21), Izquierda Unida (Seite: 22), DIE LINKE, Dirk Mescher (Seiten: 12/ 13), Papy-Rossa Verlag (Seite: 31), Privat (Seite: 8), Zdravko Sisic (Seiten: 9, 20, 26, 28), Nepoznati Umjetnik (Seiten: 4, 24/25)

Copyleft: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)

Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung

Druck: Copy-Haus Hamburg | Auflage: 1 500 | Redaktionsschluss: 1. September 2012

Inhalt

Impressum Seite 2

Editorial Seite 3

Schuldenbremse ist Wohlfahrtsbremse
Herbert Schui Seiten 4 und 5

Hapag-Lloyd, die Hansestadt und DIE LINKE
Redaktion Seiten 6 und 7

KONTROVERS: Regionalökonomischer Kapitalismus
Norbert Hackbusch Seite 8

KONTROVERS: HALAG-Deal und Widerstand
Uli Ludwig Seite 9

Zerschlagung der offenen Kinder- und Jugendarbeit
Timm Kunstreich Seiten 10/11

Inklusion: Ja und Nein
Uli Ludwig und Uwe Post Seiten 12/13/17

Allgemeiner Sozialer Dienst
Anja Post-Martens Seite 14

Ökonomisierung des Sozialen: Beispiel Behindertenhilfe
Michael Hartwig Seiten 14/15

„Ampeldatei" für jugendliche „Intensivtäter"
Anja Post-Martens Seite 15

Giftliste der offenen Kinder- und Jugendarbeit
Volker Völdisch Seiten 16/17

Recht auf Nahrung
Gerd Pohl und Jürgen Stahn Seiten 18/19

Lebendige Geschichtswerkstatt
Hans Matthaei Seiten 19/21

Die Katze ist aus dem Sack ... oder?
Sieglinde Frieß Seiten 20/21

Gegen das neoliberale Diktat
Redaktion Seite 22

Andalusien: Programmatischer Kompromiss
José Luis Centella und Willy Meyer Seiten 22/23

Israel: „Revolution"
Moshe Zuckermann Seiten 24/25

Iran: Stille Unterstützung
Norman Paech Seite 26

Syrien: Zwischen Bast und Borke
Kommentar von Karin Leukefeld Seite 27

Rezension: Guter Anlauf
Uli Ludwig Seite 28

EU: Frankensteins Finanzmarkt
Fabio De Masi Seite 29

Ist dumm, wer arm ist?
Glosse von Herbert Schui Seite 30

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

wenn Hamburger Kinder und Jugendliche in nennenswerter Zahl nicht schwimmen können und sich daher sogar tödliche Unfälle im Wasser ereignen, so wird daran das katastrophale Ausmaß der Kürzungs- und Privatisierungspolitik bei der Bildung und in den Kultureinrichtungen deutlich. In dieser Ausgabe der „Hamburger Debatte" zeigen die Autorinnen und Autoren die Verheerungen in unterschiedlichen Bereichen der Kinder- und Jugendpolitik, wie sie verstärkt seit 2001 mit dem CDU-Schill-FDP-Senat und in der Folge auch unter Beteiligung der Grünen und aktuell unter der SPD-Regierung angerichtet wurden. Es wird auch deutlich, daß diese Politik kalkulierend und absichtsvoll ist. Nach dem neoliberalen Leitmotiv der „Selbstverantwortung" sollen die Menschen früh „lernen", den künstlich hergestellten Mangel als „Sachzwang" zu akzeptieren, sich „freiwillig" in den Konkurrenzkampf gegeneinander zu begeben und sich als gefällig gegenüber den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu erweisen.

Dabei wird auch offensichtlich, daß die Schuldenbremse einzig diesen Zwecken dient. In Wahrheit ist sie eine Wohlfahrts- und Fortschrittsbremse. Die Emanzipation davon kann – und wird – durch Aufklärung und Solidarität gelingen. Meilensteine dafür mögen Rekommunalisierung, Umverteilung, Ausbau der Arbeitsplätze und Sachmittel sowie an den Menschen orientierte Inhalte sein.

Mit diesen Zusammenhängen müssen sich alle auseinandersetzen, damit die Not grundsätzlich und für alle Menschen gewendet wird. Dazu wollen wir mit dieser Ausgabe beitragen.

Die gesellschaftliche Krise ist weltweit und umfassend und immer weniger im Rahmen neoliberaler Dogmen oder der Profitmaximierung zu lösen. Das beweist besonders das Aufbegehren der Bevölkerungen in Mittel- und Südamerika, im arabischen Frühling, in Südeuropa, in Israel und hierzulande. Die Friedensfrage ist dabei von zentraler Bedeutung, weil der Krieg die Negation des Menschlichen bedeutet – und daher niemals akzeptiert werden kann – und weil sozialer Fortschritt den Frieden voraussetzt.

Man kann sich dabei des Eindrucks nicht erwehren, daß die herrschenden Kräfte den Krieg um so wahnsinniger in ihr realpolitisches Kalkül einbeziehen, je weniger sie die gesellschaftliche Krise in den Griff bekommen. Um so klarer wird die Friedens- zur Menschheitsfrage – um so wichtiger wird die weltweite Friedensbewegung. Daher beschäftigt sich diese „Debatte" mit den Ländern, in denen kriegerische Konflikte drohen – quasi in einem zweiten Heftschwerpunkt, gemäß der internationalistischen Tradition der Hamburger Linken.

In diesem Sinne wünschen wir eine informative und anregende Lektüre
Eure Debatten-Redaktion

Schuldenbremse ist eine Wohlfahrtsbremse

Die Strategie der Schuldenbremse hat ihre Geschichte: Kanzler Schmidt hat Mitte der 70er Jahre ausdrücklich die Verantwortung der Regierung für Vollbeschäftigung aufgegeben. Richtig zur Sache ging dann die Regierung Schröder ab 1998.

CDU/CSU und SPD haben im Mai 2009 mit einer Bundestagsmehrheit von 68 Prozent die Schuldenbremse zur Verfassungsnorm gemacht. Das Grundgesetz sieht nun vor, dass in normalen Zeiten das Staatsdefizit den Betrag von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten darf. Im Konjunkturabschwung darf es mehr sein; diese Schulden aber, wenn sie „den Schwellenwert von 1,5 von Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt überschreiten, sind konjunkturgerecht zurückzuführen“, so der neue Artikel 15 des Grundgesetzes. Diese Rückführung kann in der Praxis erreicht werden durch ein hohes Wirtschaftswachstum und steigende Preise. Ab 2016 ist die Schuldenbremse für den Bund zwingend vorgesehen, die Länder dürfen ab 2020 keine Defizite mehr machen. Diese Schuldenbremse soll im Fiskalpakt für alle EU-Länder zur Norm werden.

Was ist der Zweck dieser Grundgesetzänderung, was ihre Geschichte? In ihrer Agitation für die Schuldenbremse führt CDU-Kanzlerin Merkel den gesunden Menschenverstand der schwäbischen Hausfrau ins Feld. Klar doch: Die kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als sie einnimmt. Aber „der gesunde Menschenverstand, ein so respektabler Geselle er auch in dem hausbacknen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Abenteuer, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt ...“ (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft). Das kann der einleitende Satz für eine keynesianische Begründung von Staatsdefiziten sein.

An den gesunden Menschenverstand wird aus Hinterlist appelliert: Die Schuldenbremse soll eine Sozialstaatsbremse sein. Sie richtet sich gegen Artikel 20 des Grundgesetzes: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Diese Wahrheit gefährdet aber das Projekt. Deshalb wird auf die Kraft des Vorurteils gesetzt. Erkenntnisse und die „weite Welt der Forschung“ hindern da nur.

Ein Vorurteil ist, so die Lexika, ein relativ starres Urteil über Gegenstände ohne begründeten Wahrheitsanspruch. Es dient der psychologischen Entlastung in Situationen, die Angst erzeugen durch Mangel an Orientierung und Kenntnis. Was liegt da näher für bürgerliche Krisenmanager, als sich Vorurteile zu Nutze zu machen und zu verstärken: Die Schuldenbremse soll von der Mehrheit bejaht werden, weil Staatsschulden so beurteilt werden wie die Schulden eines privaten Haushalts im hausbackenen Gebiet der eigenen vier Wände. Dann sind Staatsschulden unsolide Haushaltsführung, Versündigung an künftigen Generationen.

Merkel hat ihre Lesart der Staatsschulden, noch bevor sie Kanzlerin wurde, in einem Beitrag in der „Financial Times Deutschland“ vom 19.1.2005 („Das Prinzip der individuellen Freiheit“) klar gemacht. Sie stellt sich dort auf die Seite von Hayeks, des bedeutendsten Theoretikers des Neoliberalismus. In seiner Arbeit „Die Verfassung der Freiheit“ habe Hayek „eine schleichende Erosion der Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft im Zuge des ungezügelten Ausbaus des Wohlfahrtsstaates“ befürchtet. Nach dem „Fall der Mauer“ scheine ein Teil der historischen Mission von Hayeks Werk erfüllt. „Der andere Teil ist dagegen“, so fährt sie fort, „heute Gegenstand heftiger Diskussionen. Denn die Vorzüge des Wohlfahrtsstaates werden in der politischen Diskussion mehr denn je abgewogen gegen die daraus folgenden Probleme einer hohen Staatsverschuldung und einer Lähmung der wirtschaftlichen Antriebskräfte.“

Wenn die Propaganda die Formel „Sozialstaat gleich Staatsverschuldung“ zur Mehrheitsmeinung machen kann, dann wird aus der Forderung nach weniger Staatsverschuldung die Forderung nach weniger Sozialstaat. Dann verringerte weniger Sozialstaat auch die Versündigung an „unseren Kindern“. Kein Wort davon – auch nicht von der SPD –, dass der Sozialstaat nicht durch Verschuldung, sondern durch eine angemessene Verteilung des Volkseinkommens zu finanzieren ist, also durch höhere Steuern auf Gewinne und hohe Vermögen.

Dennoch trifft es zu, dass in bestimmten Konstellationen mehr Sozialstaat durch höhere Staatsverschuldung finanziert wurde. Das war in der langen Regierungszeit der Christdemokraten im Italien der zweiten Hälf-

te des 20. Jahrhunderts der Fall. Durch mehr Sozialstaat sollte eine kommunistische Regierung verhindert, die Steuern für die Bourgeoisie aber nicht erhöht werden.

Mehr Beispiele lassen sich aber für eine steigende Staatsverschuldung bei gleichzeitiger Einschränkung der Sozialausgaben finden. In den USA stieg während der republikanischen Präsidenten R. Reagan und G. Bush sen. (1981 bis 1993) das Verhältnis der ausstehenden Staatsschuld zum Bruttoinlandsprodukt von 42 auf 72 Prozent. Unter dem Demokraten B. Clinton (1993 bis 2001) sank diese Relation auf 55 Prozent. Bei G. W. Bush stieg sie von 2001 bis 2009 auf 85 Prozent. Wenn überhaupt, dann kann Präsident Clinton als Verteidiger des Sozialstaates durchgehen, nicht aber Reagan und die beiden Bushs. Diese drei Präsidenten haben teure Kriege geführt und die Gewinnsteuern gesenkt. Der Wohlfahrtsstaat war ihr erklärter Gegner.

In der Bundesrepublik wurde schon unter Kanzler Helmut Schmidt (1974 bis 1982) damit angefangen, die Gewinne zu fördern. Richtig zur Sache ging dann die Regierung Schröder ab 1998. Wäre der Steuersatz für Gewinne und Vermögen heute so hoch wie zum Ende der Regierung Kohl (1982 bis 1998), dann nähme der Staat rund 50 Milliarden Euro mehr ein. Zum Vergleich: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Etat von gut 130 Milliarden Euro. Für Erziehung, Bildung und Wissenschaft geben die öffentlichen Haushalte rund 140 Milliarden aus. Da verbesserten 50 Milliarden mehr die Lage erheblich. Und 50 Milliarden sind nicht die Obergrenze. Sie machen nur deutlich, wie sehr die Regierungen Schröder und Merkel den Kanzler Kohl beim Senken der Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen übertroffen haben.

Die Strategie der Schuldenbremse hat ihre Geschichte: Kanzler Schmidt gab Mitte der 70er Jahre ausdrücklich die Verantwortung der Regierung für Vollbeschäftigung auf. Sie hätte garantiert werden können durch mehr öffentlichen und privaten Konsum, finanziert durch mehr Lohn und höhere Gewinnsteuern. Das aber hätte den Widerstand der Unternehmer auf den Plan gerufen. In Frankreich war dieselbe Frage gestellt. Die vereinigte Linke entschied sich bei ihrem Regierungsantritt 1981, die großen Produktions- und Finanzunternehmen zu verstaatlichen. Der Beschäftigung und dem Wachstum nutzte das. Mehr Wachstum erhöhte aber die Importe: Denn steigen die Einkommen, dann steigt die Nachfrage – auch nach importierten Produkten. Gescheitert ist der französische Anlauf vor allem an den hohen Handelsbilanzdefiziten. Deutschland als der Haupthandelspartner Frankreichs war hieran maßgeblich beteiligt. Denn hätte die deutsche Regierung in den 80er Jahren mehr fürs Wirtschaftswachstum getan, dann wären auch die Importe Deutschlands aus Frankreich angestiegen. Und überdies: Hätte sich Deutschland unter Schmidt in den 70er Jahren zu der Politik entschlossen, die Frankreich in den 80er Jahren versucht hat, dann hätte diese Politik die größeren Erfolgschancen gehabt. Denn Deutschland hätte bei kräftigem Wachstum allenfalls Handelsbilanzüberschüsse verloren, es wäre aber kaum zu anhaltenden Defiziten gekommen.

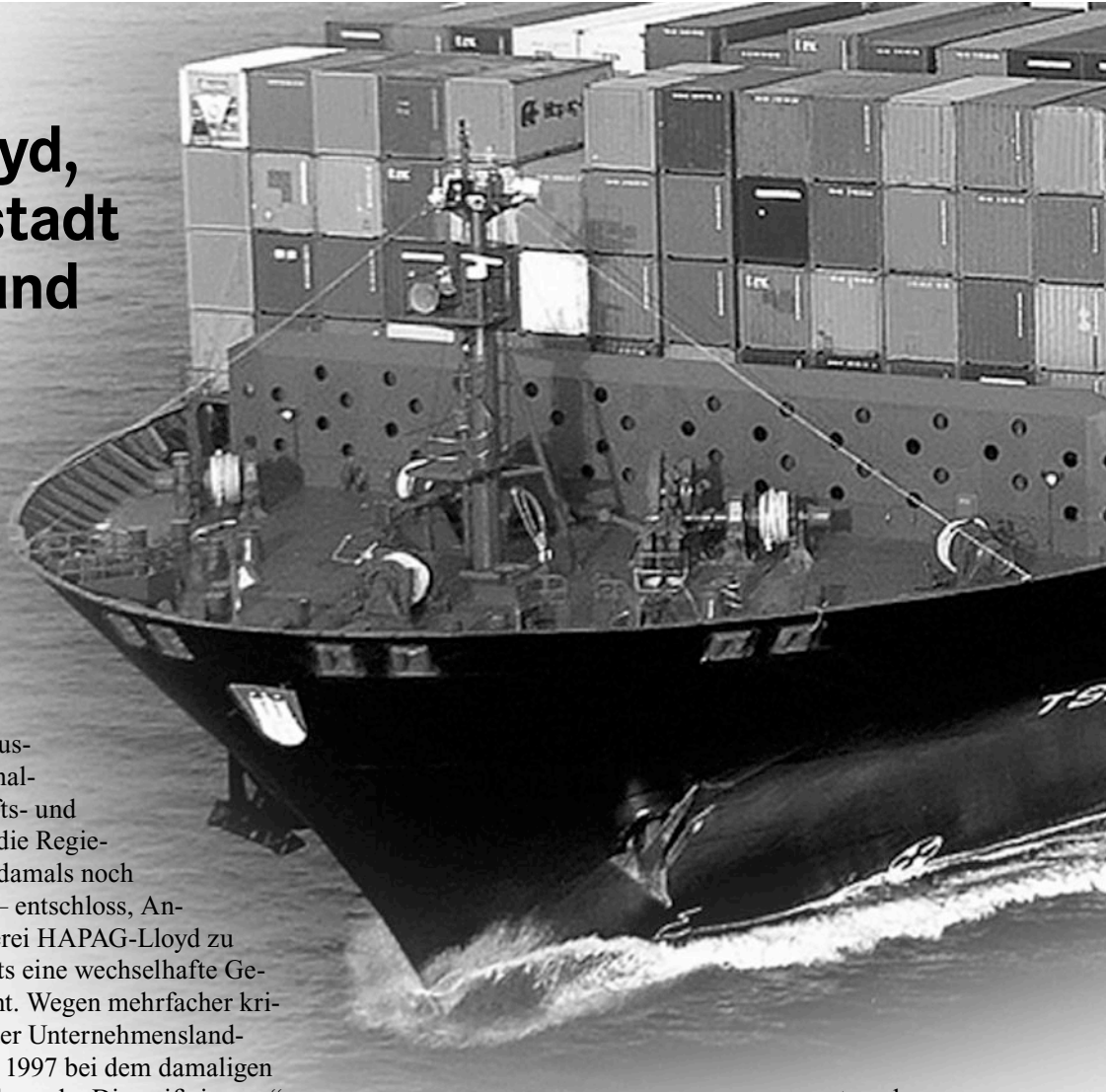
Für Schmidt kam das nicht in Frage. Er setzte auf höhere Investitionsnachfrage: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Steigende Arbeitslosigkeit und Armut waren das Ergebnis. Damit stiegen die Ansprüche an die Sozialversicherungen und an den Sozialetat. Diese Frage wurde teils durch Staatsverschuldung, teils durch Minderung der sozialen Leistungen gelöst – durch engere Kriterien und durch verringerte Leistungen. Hierbei darf man sich nicht von der Statistik irreführen lassen, wonach die Sozialleistungen an private Haushalte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 2010 um vier Prozentpunkte von rund 15 auf 19 Prozent gestiegen sind. Im selben Zeitraum sind nämlich die von den abhängig Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden um acht Prozent gesunken, als Folge von Arbeitslosigkeit und Teilzeitbeschäftigung bei geringem Stundenlohn. Das schafft Armut und verursacht mehr Sozialleistungen.

Merkel sagt, dass „der ungezügelte Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die staatsinterventionistischen Politikkonzepte Anfang der 70er Jahre“ zu einer „schleichenden Erosion der Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft“ geführt hätten. Soll nun diese Politik rückgängig gemacht werden, indem die Gewinnsteuern und die Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung kräftig gesenkt werden, dann könnte je nach Regierung und politischer Lage der Ausweg in Staatsdefiziten gesucht werden, um die Sozialausgaben dennoch durchhalten zu können. Um das zu verhindern, muss die Schuldenbremse her. Als Grundgesetznorm bindet sie die Regierungen. Der Fiskalpakt als völkerrechtlicher Vertrag macht es noch schwieriger, all das zu revidieren. (Die nächste Bremse schlägt „Welt online“ am 22. Mai 2012 vor: „Die Schuldenbremse ist der eine Pfeiler der Krisenpolitik. Eine Steuerbremse wäre der beste zweite.“)

Die Staatstätigkeit beschränken, das ist das Ziel aller neoliberalen Regierungen. Adolph Wagner, der Klassiker der deutschen Finanzwissenschaft, hat das ganz anders gesehen. In seinen Grundlagen der politischen Ökonomie schreibt er zu Ende des 19. Jahrhunderts, dass „ein immer größerer Teil der Bevölkerung zum Mitgenuss an den Kulturgütern erhoben werden“ soll. „Der Staat fortschreitender culturfähiger Völker, so namentlich der modernen, hört immer mehr auf, einseitig Rechtsstaat im Sinne der möglichst alleinigen Verwirklichung des Rechts- und Machtzweckes zu sein und wird immer mehr Cultur- und Wohlfahrtsstaat in dem Sinne, dass gerade seine Leistungen auf dem Gebiete des Cultur- und Wohlfahrtszwecks sich beständig mehr ausdehnen und mannigfaltigen Inhalt gewinnen.“ Der Kultur- und Wohlfahrtszweck des Staates schließt ausdrücklich das „Unterrichts-, Bildungs-, Schul-, Sanitäts-, Hilfs-, Armen- und Wohltätigkeitswesen“ ein. Lasst uns also culturfähiger werden! Wenigstens in dem Maße, wie dies Wagner, Kathedersozialist und Verehrer Bismarcks, forderte.

Herbert Schui, emeritierter Professor für Ökonomie an der HWP und Bundestagsabgeordneter der LINKEN von 2005 bis 2010

HAPAG-Lloyd, die Hansestadt Hamburg und DIE LINKE



Stellen Sie sich einmal Folgendes vor: TUI will Anteile an der HAPAG-Lloyd loswerden, der Hamburger Senat springt als Käufer ein und DIE LINKE stimmt zu.

Als sich kurz vor dem Ausbruch der bis heute anhaltenden schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, im Jahr 2008 die Regierung der Stadt Hamburg – damals noch von Schwarz-Grün regiert – entschloss, Anteile an der Traditionsreederei HAPAG-Lloyd zu erwerben, hatte diese bereits eine wechselhafte Geschichte hinter sich gebracht. Wegen mehrfacher krisenhafter Veränderungen der Unternehmenslandschaft landete die Reederei 1997 bei dem damaligen Preussag-Konzern. 1998, als noch „Diversifizierung“ angesagt war, wurde die HAPAG-Muttergesellschaft TUI diesem Konzern durch Zukäufe hinzugefügt.

Entsprechend den sich ständig verändernden internationalen Anlagestrategien wurde dieser Mischkonzern mit den Geschäftsfeldern Touristik und Frachtgeschäft bald danach wieder dem Druck ausgesetzt, höhere Profitabilität durch eine „Konzentration auf Kernbereiche“ zu erreichen: 2008 wurde bekannt, dass die TUI Muttergesellschaft das Containergeschäft aus der HAPAG-Lloyd herauslösen wollte.

Nach diversen Auseinandersetzungen mit Interessenten am Frachtgeschäft einigte man sich auf die jetzt noch gültige „Hamburger Lösung“: Die Stadt gründete mit privaten Investoren das Albert Ballin Konsortium und investierte rund 735 Millionen Euro. Als Begründung für den Kauf der Anteile wurde damals in der Öffentlichkeit angegeben, die Reederei müsse standortpolitisch vor dem Zugriff durch einen internationalen Investor abgeschirmt werden.

Die „Hamburger Lösung“ Mit dem Kauf der Anteile hielt Hamburg nunmehr über seine HGV Vermögens- und Beteiligungsgesellschaft 23,6 Prozent an der HAPAG-Lloyd Holding (HLHAG), bezogen auf 100 Prozent aller Anteilseigner einschließlich dem TUI-Anteil. Die anderen Teilhaber und ihre Anteile waren wie folgt verteilt: die Kühne Holding (24,6 Prozent an der Gesamt-Holding), die Iduna (5,5 Prozent), die HSH Nordbank (3,2 Prozent), die Hanse-Merkur (1,5 Prozent) sowie ein Investorenpool unter Leitung der M.M.Warburg (3,2Prozent).

Die Transaktion ging geräuschlos über die Bühne, sie wurde von der Belegschaft, der Gewerkschaft und allen politischen Parteien unterstützt, einschließlich DER LINKEN. Ein damals kaum beachtetes Problem war allerdings, dass die damaligen Verträge vom Senat denkbar schlecht ausgehandelt und nur von wenigen Menschen durchschaut wurden. Dieses wirkt sich bis heute aus, weil sich die internationalen Konkurrenzbedingungen weiter verschärfen.

Als die TUI AG Ende letzten Jahres ankündigte, sich von weiteren Anteilen trennen zu wollen und sie der Hansestadt anboten, mussten die neuen Vertreter – jetzt der SPD-Regierung – feststellen, dass ihre Geschäftspartner auf der Grundlage eben dieser Verträge über eine sehr starke Verhandlungsposition verfügten. Verhandlungsführer für die Hansestadt war übrigens damals der ehemalige CDU-Senator Dr. Peiner. Der Antwort auf eine kleine Anfrage in der Bürgerschaft ist zu entnehmen, dass Peiner – pikanterweise – bereits seit 2007 Verwaltungsratsmitglied bei HAPAG-Anteilseigner Kühne und derzeit immer noch Kühnes Berater ist. Die Verschränkung zwischen Politik und Wirtschaft zeitigt halt entsprechende Ergebnisse.

Schlechte Aussichten für die Branche Seit dem ersten Kauf von Anteilen hat sich der kapitalistische Wirtschaftszyklus krisenhaft entwickelt. Damit trafen zwei, sich gegenseitig verstärkende Faktoren aufeinander: Während noch die Schiffsbestellungen aus den Vorjahren weiter liefen, sanken die Frachtraten schon. HAPAG-Lloyd führt einen Kampf um Marktanteile z.B. gegen Maersk und den Schweizer Reeder MSC um die wichtigen Routen für Containerschiffe zwischen Europa und Asien. Ausgerechnet auf diesen Linien kamen immer neue Containerschiffe hinzu, sodass sich dieser Effekt negativ auf die zu erzielenden Transportpreise ausgewirkt hat. Diese Zuspitzung der kapitalistischen Konkurrenz führte dazu, dass die großen Reedereien im vergangenen Jahr 2011 zusammen Milliardenverluste einfuhren. Neuesten Prognosen des IWF gemäß muss mit weiteren Verschlechterungen des Welthandels gerechnet werden.

Standortpolitik mit der LINKEN? In den Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft vom 21.02.2012 wird als Ausgangspunkt für den ersten Kauf von Anteilen „die unternehmensstrategische Entscheidung der TUI" angegeben. Der zweite Kauf wird im Paragraphen XI. des gleichen Papiers mit „der standortpolitischen und regionalwirtschaftlichen Bedeutung der weltweit viertgrößten Containerreederei ... gerechtfertigt". Als weitere Argumente wurden die Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten und die Stellung des Hafens in der Metropolregion Hamburg angeführt.

Der Kauf wurde schließlich in der Bürgerschaft mit den Stimmen der Regierungspartei SPD beschlossen, DIE LINKE stimmte ebenfalls zu, die restliche Opposition mit „Nein". Damit hält Hamburg – vereinfacht gesagt – nunmehr 36,9 Prozent und hat dafür einen Kredit in Höhe von 420 Millionen Euro aufgenommen, für den sie im ersten Jahr rund 50 Millionen Euro Zinsen bezahlen muss.

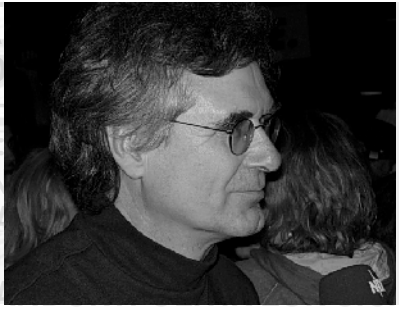
Die Fraktion DIE LINKE verband ihre Ankündigung, in der Bürgerschaft mit „Ja" zu stimmen, mit drei Forderungen, die als Anträge eingebracht wurden: Erstens sollten der gesamte Deal und die Rahmenbedingungen offengelegt werden („Transparenz in den Hafenaktivitäten der Stadt"), zweitens wurde gefordert, dass die Hafenwirtschaft künftig auf der Grundlage von wissenschaftlichen Untersuchungen gestaltet werden sollte („Untersuchung des Hamburger Hafens") und es wurde drittens die Aufnahme neuer Schulden zu Lasten anderer Haushaltsbereiche abgelehnt („Rücknahme der Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit"). Die Fraktion machte ihre Zustimmung nicht von der Abstimmung über diese Anträge abhängig. Sie wurden nicht in derselben Sitzung der Bürgerschaft befasst, sondern an die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet.

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE wurde auf seiner Sitzung am 12. April von Norbert Hackbusch, der als zuständiger Fachsprecher der Fraktion eingeladen worden war, nachträglich von dem parlamentarischen Vorgang unterrichtet. Nach kurzer Diskussion wurde die Entscheidung der Bürgerschaftsfraktion zur Kenntnis genommen.

Innerhalb der Partei wurde an der Zustimmung der Fraktion von verschiedenen Seiten Kritik geäußert. Daraufhin wurde am 19. Mai eine parteioffene Diskussion mit über zwanzig Interessierten durchgeführt und beschlossen, dass eine weitere vor dem Landesparteitag im Dezember folgen soll. Außerdem wurde auf dem letzten Parteitag im April beschlossen, dass das Thema dann als erster Tagesordnungspunkt behandelt wird.

Die Redaktion der Hamburg Debatte möchte mit diesem Kontrovers-Teil die innerparteiliche Meinungsbildung fördern und die Positionen zu Wort kommen lassen, weil die Diskussion um den HAPAG-Deal von grundsätzlicher Bedeutung für Programmatik und Praxis der LINKEN ist.

Die Redaktion



Norbert Hackbusch ist Bürgerschaftsabgeordneter der LINKEN

Regionalökonomischer Kapitalismus

Einige Diskussionen und Nachfragen bringen mich noch mal dazu, die Entscheidung der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft für den Kauf von weiteren Hapag-Lloyd Anteilen konzentriert zu begründen.

Es handelt sich nicht um den Beginn der Rekommunalisierung der internationalen Seeschifffahrt. Vielmehr geht es um einen regionalökonomischen, zeitlich begrenzten Schritt, der allerdings den Hohepriestern des neoliberalen Kapitalismus von FDP bis zur GAL nicht gefällt, da nach ihrer Auffassung staatliches Handeln immer zu falschen Entscheidungen führt.

Aber in einigen Presseartikeln wurde nicht diese Frage besprochen, sondern behauptet: „Der Kauf von Anteilen war eigentlich überflüssig. Ohne Wertgutachten und Risikoanalyse wurden der TUI Millionen in den Rachen geworfen." Diese Meinung wurde von Jens Kerstan (GAL) vertreten. Sie hört sich erst einmal schlüssig an, sie ist aber falsch und verlogen.

Der schlechte Vertrag über den Kauf der ersten Hapag-Lloyd-Anteile von der TUI aus dem Jahre 2008 des schwarz-grünen Senats (damals von allen Parteien unterstützt) ist der Grund dafür, dass 2012 erneut die Gefahr besteht, dass die TUI eine Mehrheit am Unternehmen Hapag-Lloyd verkaufen kann.

Ein neuer Besitzer der Hapag-Lloyd wäre durchaus in der Lage, das Unternehmen in seiner Substanz auszuhöhlen und die jetzt vorhandene Garantie für den Firmensitz zu einer hohlen Phrase verkommen zu lassen. Dies wurde von allen Experten, die die Bürgerschaft befragt hat, bestätigt. Davon wären nicht nur die Arbeitsplätze bei der Reederei betroffen, sondern vor allem die Umschläge im Hamburger Hafen. Selbst der Verkaufgegner „Bund der Steuerzahler" schätzt, dass über die Zeit 25 Prozent des Containerverkehrs im Hamburger Hafen auf Grund dessen abwandern könnten. Eine Entscheidung gegen den Kauf bedeutete dementsprechend die Gefahr des Verlustes von Tausenden, ja Zehntausenden von Arbeitsplätzen!!!

Ursache für diese Gefahr sind die kräftigen Überkapazitäten in der Seeschifffahrt und den Häfen. Diese Krise wird noch wie ein Orkan durch die Schifffahrtsbranche fahren und da ist eine städtische Beteiligung eine Möglichkeit, die Branche in ruhigeres Fahrwasser zu lenken.

Der Preis für diese Beteiligung wurde ausgehandelt zwischen der Stadt und TUI und umfasst etliche unterschiedliche Komplexe. Diese zu durchschauen und zu kontrollieren ist für uns als Bürgerschaftsabgeordnete fast unmöglich. Deshalb fordern wir eine höhere Transparenz dieser Entscheidungen. Aber ich muss mich trotzdem jetzt verhalten und entscheiden. Es gab keinen Hinweis, dass die TUI die Stadt über den Tisch gezogen hat. Das besprochene Wertgutachten wurde auch im schlechten Vertrag von 2008 festgelegt und hätte lediglich Prognosen von Hapag berücksichtigt. Auch eine Risikoanalyse hört sich gut an, wurde aber von der Stadt bereits vorgenommen. Aber natürlich ist ein solcher Kauf riskant und natürlich möchte jeder Sicherheit. Pikant ist aber bei der Haltung der GAL, dass der schwarz-grüne Senat den Kauf von Hapag-Lloyd-Anteilen im Jahre 2008 ohne Analysen, ohne Kenntnisse des Unternehmens zu einem Preis getätigt hat, der 20 Prozent über dem jetzigen Preis lag. Die Bürgerschaft wurde damals nicht umfassend informiert.

Und so komme ich zu dem Ergebnis, dass die Äußerungen von Jens Kerstan nicht nur falsch, sondern verlogen sind.

Und so zeigt sich die Politik der GAL, die Kürzungen im Jugendbereich gegen die Investitionen im Hafen auszuspielen, als die Wahl zwischen Pest und Cholera. Verantwortliche Politik kämpft für die Unterstützung des Hafens und gegen die Kürzungen im Jugendbereich und kämpft dafür, dass die Stadt ausreichende Einnahmen erhält, statt einen Bereich gegen den anderen populistisch auszuspielen.

Die Diskussion über den Hapag Lloyd innerhalb der Partei – siehe auch den Kontrovbers Artikel von Uli Ludwig und die Einleitung zum Hapag-Kontrovers in diesem Heft bringen mich noch zu folgenden Thesen:

Die im Vorwort beschriebene allgemeine Verunsicherung und der Hinweis auf das riskante Engagement stimmen. Aber unsere Entscheidung für die Unterstützung des Kaufes der Anteile war eben keine Entscheidung dafür, dass sich dieses Engagement finanziell lohnt und auszahlt. Im Gegenteil sollte dieser Kauf die kurzfristigen ökonomischen Verwerfungen gerade abfedern und durch staatliches Handeln kontrollierbarer machen.

„In der Geschichte der Betriebsrettungen und der Arbeitsplatzsicherung der SPD gibt es keine Beispiel, die ein Vertrauen auf ein entsprechendes Handeln vermitteln". (Uli, Seite 8) Das stimmt nicht: Sowohl der kurzzeitige Kauf von Beiersdorf-Aktien im Jahre 2006 hat die Übernahme...

Weiter auf Seite 21

Uli Ludwig ist Sprecher der KPF CZ

HLAG-Deal – der falsche Weg

DIE LINKE ist zur Bürgerschaftswahl mit einer deutlichen Ansage angetreten: „Widerstand ins Rathaus - DIE LINKE wählen. Unsere Forderungen sind umsetzbar! Doch dazu bedarf es einer Politik, die sich nicht wie in der Vergangenheit durch Standortpolitik für Konzerninteressen und falsche Wahlversprechen an die Bevölkerung auszeichnet, wie es die Politik von CDU bis GAL tut."

Standortpolitik wurde zu Recht abgelehnt: Das Bemühen, die gewinnerwirtschaffende Ausgangslage der regionalen Betriebe gegenüber anderen (Bundes-)Ländern mit Steuergeldern zu verbessern führt zur verschärften Umverteilung von unten nach oben (s. Agenda 2010) und letztlich zu einem „race to the bottom", einem Wettbewerb, bei dem die Profite maximiert und die Sozialausgaben minimiert werden.

Ist der HLAG-Deal Standortpolitik? Die Interessenlage weist darauf hin. Da ist vor allem der TUI-Konzern, der sich in der Container-Schiffahrt verzockt hat und weitere Anteile an der HLAG loswerden wollte, weil sie zu wenig profitabel sind und die Gewinnerwartung niedrig ist (sonst würde er sie nicht verkaufen). Hamburg kaufte sie schließlich über das städtische Unternehmen HGV auf Kredit, womit der Haushalt zwar nur mittelbar belastet wird, aber: zum Verlustausgleich muß die Stadt einen ständig wachsenden Zuschuß an die HGV überweisen – und mit offenem Ausgang, was von diesem „Sondervermögen" einmal übrig bleibt. Die Neuverschuldung beträgt 420 Mio. Euro, für die Zinsen müssen im ersten Jahr weitere 50 Mio. bezahlt werden. Das heißt, daß neben TUI auch eine – bisher unerkannt gebliebene – Bank mit einem sicheren und sehr profitablen Geschäft beglückt worden ist.

Da Bankengewinne und die Sozialisierung von Schulden und Geschäftsrisiken in der Öffentlichkeit kaum überzeugend vorgebracht werden können, wurden dringend Argumente gebraucht. Also wurde ein Bedrohungsszenarium aufgebaut: Ein (unbekannter aber vermuteter) internationaler Investor könnte Anteile der HLAG erwerben und, um einen Konkurrenten loszuwerden, das Unternehmen zerlegen. Arbeitsplätze würden vernichtet und die ganze Hafenwirtschaft in den Abgrund gezogen werden.

Das parlamentarische Theater rund um den HLAG-Deal hatte dieses Bedrohungsszenarium als gesetztes, nie hinterfragtes Thema als Kulisse und war geprägt von Scheinheiligkeiten: Die CDU und die GAL, die die Grundlage für den städtischen Kauf von HLAG-Anteilen gelegt und das Vertragswerk zu verantworten hatten, traten nun als Bedenkenträger auf, die SPD als Retterin in der Not und Interessenvertreterin der Lohnabhängigen. DIE LINKE stimmte zu, obwohl ihre Stimmen zur Mehrheitsbeschaffung nicht gebraucht wurden.

In seiner Begründung für diese Entscheidung arbeitet sich Norbert Hackbusch an der Kritik der „Hohepriester des neoliberalen Kapitalismus" und den Äußerungen von Jens Kerstan (GAL) ab, die er (zu Recht) als „falsch und verlogen" bezeichnet. Es gibt aber auch Gründe für eine linke Kritik an der Zustimmung:

Wir befinden uns in einer tief krisenhaften ökonomischen Entwicklung mit offenem Ausgang. Das macht nicht nur die HLAG-Beteiligung zum Risiko, sondern sie führt auch weg von einer Abwehr von Krisenfolgen: Der an seiner Produktivkraftentfaltung und Überproduktion erstickende Kapitalismus hat zur Sicherung seiner Profitraten durch Spekulation Papierwerte geschaffen, die die Summe aller kaufbaren Güter der Welt um ein Vielfaches übersteigen – und damit sowohl unermeßlichen Reichtum bei einer winzigen Minderheit von Kapitalanlegern als auch einen gigantischen Schuldenberg geschaffen. Gegenwärtig wird die Übertragung der Schuldentitel auf die Lohnabhängigen und von Zuwendungen und staatlichen Institutionen Abhängigen betrieben: Schuldenbremse und Fiskalpakt zeigen die Richtung an. Das kann nur verhindert werden, wenn das Prinzip staatlicher Verschuldung für Profit und der Profiterwirtschaftung grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Ohnehin enthält kein Landeshaushalt die Mittel, die im System angelegte Kapitalkonzentration aufzuhalten oder zu verhindern, der Erhalt von Branchen oder einzelner Großbetriebe ist im Marktsystem nicht möglich – selbst wenn die SPD dies wirklich wollte. In der Geschichte der Betriebsrettungen und der Arbeitsplatzsicherung der SPD gibt es keine Beispiele, die ein Vertrauen auf ein entsprechendes Handeln vermitteln. Dagegen besteht die reale Gefahr, daß eine weitere Verschuldung von Ländern und Kommunen plus Schuldenbremse/Fiskalpakt dazu benutzt wird, ihre Entscheidungsspielräume auf Null zu drehen und weitere Privatisierungen zu erzwingen.

Das betriebsbornierte Argument, die Gewerkschaft habe den Deal unterstützt, greift nicht, weil die Rahmenbedingungen (Stellenabbau im öffentlichen Bereich, Kürzungen in den Sozialausgaben, Vergesellschaftung der Schulden) unberücksichtigt bleiben. Es ist die Aufgabe der Partei, sowohl alles zu tun, was die Lage der Lohnabhängigen verbessert (dazu gehört auch der Erhalt von Arbeitsplätzen – in allen gesellschaftlichen Bereichen!), als auch gleichzeitig die Systemgrenzen aufzuzeigen. Dabei ist das Verhältnis zu den Gewerkschaften zu klären: Welche Gewerkschaftspolitik unterstützen wir, welche Forderungen greifen wir auf, welchen dürfen wir nicht hinterherlaufen? Eins ist klar: Unsere Aufgabe ist es, die Interessen aller Lohnabhängigen auch jenseits des betrieblichen Horizonts aufzuzeigen und die ...

Weiter auf Seite 21

Die Zerschlagung der offenen Kinder- und Juger

Streit um die Offene Kinder- und Jugendarbeit – ein Anlass, über sozialistische Positionen in diesem Feld

In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen im nächsten Jahr 3,5 Millionen eingespart werden. Das sind etwas über 10 Prozent eines im Vergleich zu sonstigen Ausgaben mickrigen Etats. Für viele der circa300 betroffenen Einrichtungen stellt sich damit die Existenzfrage, da ungefähr ein Drittel nur über eine hauptamtliche Stelle verfügt. Die Mehrheit ist mit zwei Stellen ausgestattet, nur wenige sind größer. Hier kann schon eine geringe Streichung von Sach- oder Personalmitteln zum Aus einer Einrichtung führen. Gegen die Zumutung dieser Streichung hat sich ein breites Bündnis von Trägern und der Gewerkschaften gebildet, das mit buntem Protest und kreativen Aktionen dafür eintritt, nicht nur diese Streichung rückgängig zu machen, sondern die Arbeit in diesem Feld auf stabile Füße zu stellen, indem z.B. jede Einrichtung mit mindestens zwei Stellen ausgestattet wird. Diese Stabilisierung ist notwendig, um als gleichwertiger Partner in der Entwicklung einer Ganztagsbildung mitarbeiten zu können, die mehr ist als die Rationalisierung traditioneller Schuldisziplinierung. Diese Argumentation war und ist so überzeugend, dass nicht nur alle bezirklichen Jugendhilfeausschüsse die Streichung ablehnten, sondern auch der Landesjugendhilfeausschuss. Auch die meisten SPD-Anhänger in diesen Gremien unterstützten dieses Anliegen, was den Senat in Bedrängnis brachte. Die Spitze der zuständigen Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) lenkte insofern ein, als sie den Einrichtungen der Offenen Kinder-und Jugendarbeit empfohlen hat, kompensatorisch die fehlenden Mittel aus dem Budget der „Sozialräumlichen Hilfen und Angebote“(SHA) zu beantragen. In diesem Topf sind mit circa10 Millionen Mittel aus den („teuren“) Hilfen zur Erziehung (HzE) in („billigere“) Angebote der lebensweltnahen Unterstützung „umgewidmet“, die aber genauso „verbindlich“ wie HzE sein sollen. Damit würde tendenziell aus einem offenen, niedrigschwelligen und parteilichen Angebot ein spezielles, verbunden mit der Erwartung einer normativen Korrektur oder Anpassung des Adressaten. Auf diese Weise wird der besondere Charakter Offener Kinder- und Jugendarbeit in Frage gestellt. Es versteht sich von selbst, dass der Arbeitskreis Kinder-und Jugendarbeit der Linken hier klar Position zu Gunsten der offenen Arbeit bezieht.

Aber reicht das, um in diesem Feld sozialistische Positionen zu markieren? Erreichte sozialpolitische Position zu verteidigen – zusammen mit linken Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Sozialliberalen – ist sicherlich notwendig, gerät aber leicht in die Gefahr, diese Errungenschaften mit materiellen Interessen der Beschäftigten in diesem Feld zu verwechseln: Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind weder identisch mit denen ihrer Eltern noch mit denen der LehrerInnen und ErzieherInnen.

Sozialistische Politik muss vielmehr die sozialen Blockierungen und herrschaftlichen Widersprüche auch in diesem Bereich benennen und analysieren, „Verteidigung“ muss sich also mit „Kritik“ verbinden. Auch die Erfolge vergangener Kämpfe sind immer wieder – ganz oder teilweise – infrage zu stellen. So sollte zunächst die fast vergessene Tatsache in den Mittelpunkt gestellt werden, dass im Hilferecht für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendhilfegesetz, KJHG) nicht diese im Mittelpunkt stehen, sondern dass ausschließlich Erziehungsberechtigte anspruchsberechtigt für Leistungen aus diesem Gesetz sind. Weiter ist die Tendenz grundsätzlich zu kritisieren, dass durch die Orientierung an der „Kindeswohlgefährdung“ (Paragraph 8a KJHG) zunehmend Ordnungs- und Kontrollgesichtspunkte die Umsetzung des Gesetzes dominieren und die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, wie sie im Paragraph1 des KJHG als Richtschnur festgelegt ist, kaum mehr eine Rolle spielt. Im Laufe der letzten zehn Jahre hat sich das Regel-Ausnahmeverhältnis umgedreht: Individuelle Hilfe als Ausfallbürgschaft ist eigentlich die Ausnahme, die Regel ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse als die Etablierung einer Kultur des Aufwachsens, wie es der 12.Jugendbericht eindrucksvoll und umfassend konzipiert. So hätte es zumindest sein sollen, doch davon wird sich derzeit immer weiter entfernt.

Durch die moralischen Panik mit der Kindeswohlgefährdung (verstärkt noch durch das neue Kinderschutzgesetz) wird die Kontrolle möglicher Abweichungen noch mehr zur Regel und die Verbesserung der sozialen Infrastruktur noch mehr zur Ausnahme. Hier sind SozialistInnen ausnahmsweise einmal konservativ (und zugleich revolutionär): Es gilt die ursprünglich intendierte Regel-Ausnahmesituation (wieder-)herzustellen und zwar konsequenter als zuvor.

ndarbeit

Neben diesen Tendenzen sind vor allem die reaktionären Antigewaltprogramme, eine sich völlig verselbstständigt habende Diagnosepraxis, aber auch ein damit zusammenhängender Dokumentationswahn zu kritisieren. Statt mit durchsichtiger Kontrollabsicht immer neue Angebote zu erfinden, sollte die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur sich an dem orientieren, was deren Nutzerinnen und Nutzer für sinnvoll erachten. Wie umfangreiche und unstrittige Untersuchungen über Wirkungszusammenhänge in den Hilfen zur Erziehung zeigen, sind sowohl Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer als auch der Fachkräfte Voraussetzung für gelingende Praxis – eine Praxis, die die Lebenssituation der Bewohner verbessert.

nachzudenken

Verteidigen und kritisieren verbleiben jedoch im Horizont hegemonialer Zurichtung, wird nicht zugleich noch ein drittes Moment mitgedacht – nämlich wie die herrschende Situation zu überwinden, zu verändern und aufzuheben ist. In Anschluss an Rosa Luxemburg beschreibt Frigga Haug diese Verbindung von Nah- und Fernzielen als revolutionäre Realpolitik, Joachim Hirsch nennt das radikalen Reformismus.

Was das für eine radikale (im Sinne von an die Wurzeln gehende) Kinder- und Jugendpolitik bedeutet, die zugleich das Fachliche mit dem Politischen verbindet, ohne es zu vermischen, lässt sich im Anschluss an Wolfgang Hintes Überlegungen zu „Hilfen zur Erziehung und sozialräumliche Infrastruktur“ (2012) verdeutlichen. Er schlägt vor, die Kluft zwischen fachlicher Programmatik und politischer Finanzsteuerung mit fünf Orientierungen zu überbrücken:

(1) Territoriale Orientierung: Bis auf wenige Ausnahmen müssen alle Dienste und Angebote auf die Besonderheiten eines Quartiers und dessen Nachfrage gerichtet sein.

(2) Kooperative Träger-Kultur: Ablösung einer Markt-simulierenden Konkurrenz durch eine auf Vereinbarung beruhende Kooperations-Kultur, die längerfristige Planungen und Beziehungen ermöglicht.

(3) Flexibel und entspezialisiert: Finanzierungskonzepte müssen so gestaltet sein, dass sie sich flexibel der Situation anpassen – und nicht umgekehrt, dass Entscheidungen sich nach den Finanzierungsmöglichkeiten richten.

(4) Bestimmte Summen für bestimmte Räume: Statt mit großem Aufwand fallbezogene Budgets auszuhandeln, sollten Indices vereinbart werden, die der jeweiligen Besonderheit eines Stadtteils gerecht werden.

(5) Mit wenig Aufwand passende Settings bereitstellen: Derartige Settings sind in der Regel diejenigen, die die Nutzerinnen und Nutzer selber für sinnvoll und praktikabel erachten.

Der Schritt von einer fachlich-politischen Programmatik hin zu einer sozialistischen Option ist der von einer herrschaftlich-bürokratischen zu einer demokratisch-selbstregulierenden: Die Besonderheit der territorialen Nachfrage (1) kann nur von den BewohnerInnen eines Quartiers formuliert werden, nur sie können Inhalte und Programmatik zur Realisierung ihrer Bedürfnisse und Interessen formulieren, die sie dann in demokratischem Streit und fairem Konflikt so weit umsetzen können, wie die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen es erlauben; nur gewählte RepräsentantInnen lokaler Genossenschaften können eine verbindliche Kooperationskultur aufbauen (2); die staatlichen Beiträge zu lokalen Infrastruktur-Budgets sind als Genossenschaftsanteile der Bewohnerinnen und Bewohner zu konzipieren (3), die mit den Fachkräften der Einrichtungen über die jeweils spezifischen Angebote verhandeln (4); damit ließen sich Nutzer orientierte und (mit-)bestimmte Settings realisieren (5).

Ob man eine derartige Vergesellschaftung im regionalen sozialstaatlichen Kontext nun „Bürgerhaushalt“ oder „Kommunalen Ressourcenfond“ nennt, ist zweitrangig, Wichtig ist, dass derartige Optionen nur von den Betroffenen selbst erstritten und erkämpft werden können – und das werden sie nur tun, wenn sich die Wut über Entwertung, Unterdrückung und Ausgrenzung mit der Perspektive zu deren Aufhebung verbindet. Das ist Aufgabe sozialistischer Politik.

Prof. Timm Kunstreich ist emeritierter Professor für Theorie und Methoden der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie in Hamburg.
Außerdem ist er Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *Widersprüche*

Inklusion: Ja und Nein

Am 12. Juni fand in Hamburg eine Kundgebung und Demonstration der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unter dem Motto: „Inklusion JA! – Sparmodell NEIN!“statt, zusammen mit vielen Bündnispartnern, darunter DIE LINKE.Eine politische Forderung, die sowohl aus Ja und Nein besteht, enthält Widersprüche und verlangt stets einiges an Argumentation. Mit dem folgenden Text wollen wir versuchen, diese zu skizzieren und gleichzeitig zu erklären, warum sie alle Linken angeht.

Nach einer Jahrzehnte dauernden internationalen Debatte über die Frage der Rechte von Behinderten wurde 2006 in der UNO-Generalversammlung die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen beschlossen. Valentin Aichele, Leiter der Monitoringstelle, die in Deutschland die Umsetzung der Konvention verfolgt, betont dabei die zentrale Bedeutung der Neuinterpretation des Begriffs „Behinderung“: „Menschen mit Beeinträchtigungen sind nicht behindert, sie werden durch Barrieren in der Umwelt und in den Köpfen behindert“ *(junge Welt, 03.11.2011)*. Die Behinderung ist aus dieser Sicht nicht eine individuelle Eigenschaft, sondern entsteht erst durch die Wechselwirkung zwischen Menschen und ihrer Umwelt und führt dazu, dass die betroffenen Menschen in der gleichberechtigten Ausübung ihrer Rechte eingeschränkt werden. Damit wird die Aufhebung dieser Behinderung eine gesellschaftliche Aufgabe: Die Gesellschaft muss sich auf die Bedürfnisse der Betroffenen einstellen.

Diese Aufgabe bezieht letztlich alle gesellschaftlichen Bereiche ein: von Behörden über Kinos, Stadien und Theater bis hin zur Gestaltung des Wohnungsbaus. Eine besondere Bedeutung kommt jedoch dem Bildungswesen zu. Diesem widmet die UN-Konvention einen ausführlichen Artikel *(s.Kasten links)*. Bezeichnenderweise wurde in der deutschen Übersetzung der UN-Konvention der englische Begriff *inclusive* mit „integrativ“ übersetzt. Völkerrechtlich bindend ist jedoch die englische Fassung, die korrekt mit inklusiv zu übersetzen ist. Bedeutet doch die Integration z.B. im Hamburgischen Schulsystem den Besuch behinderter Kinder mit sonderpädagogischer Unterstützung in den bereits bestehenden Integrationsklassen oder Integrativen Regelklassen der allgemeinen Schulen, während Inklusion umfangreicher definiert wird: Haben die I- und IR-Klassen immer noch einen gewissen Sonderstatus, so zielt eine Inklusion im Sinne der UN-Konvention auf Einschulung der behinderten Kinder und Jugendlichen in allen Klassen der allgemeinen Schulen (in Hamburg: Grundschulen, Stadtteilschulen, Gymnasien).

Wenn alle Schüler und Schülerinnen gemeinsam unterrichtet würden, müsste der Unterricht auf die individuellen Unterschiede eingehen. Davon hätten alle Kinder großen Nutzen. Die Humboldtsche Definition von Bildung, nach der über die Aneignung der Welt der Mensch zur selbstbestimmten Individualität und Persönlichkeit gelangt, kann in inklusivem Unterricht besser realisiert werden, als in einem Unterrichtskonzept, das auf Sortierung und Auslese beruht.

Es gibt also einen doppelten Druck auf die Hamburgische Regierung: Zum einen ist sie seit der Ratifizierung durch den Bundestag und Bundesrat 2008 zur Umsetzung der UN-Konvention verpflichtet, die rechtliche Grundlage für eine gemeinsame Beschulung aller Kinder zu ermöglichen, zum anderen sind die Schulen so einzurichten, dass die besonderen förderpädagogischen Bedarfe (und Rechte!) aller Kinder berücksichtigt werden.

Die erste Hürde wurde bereits genommen: 2009 wurde von der Hamburgischen Bürgerschaft das Schulgesetz entsprechend konkretisiert. *(s. Kasten rechts)*

UN-Konvention Artikel 24 (Bildung) „Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives [inklusives] Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel,
a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken;
b) Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen;
c) Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.“

Die offene Frage ist jedoch, wie die Schulen auf ihre neue Aufgabe vorbereitet worden sind. Die Antwort macht zuerst eine Beschäftigung mit dem Kleingedruckten notwendig. Zunächst einmal sind Kürzungen im bereits erfolgreich praktizierten Integrationskonzept der Integrativen Regelklassen, der Integrationsklassen und den Integrativen Förderzentren (IF) vorgesehen. Senator Rabe formuliert das so: „Schulen, die bislang überproportional [sic!] von den bisherigen Förderprogrammen profitiert haben, müssen zugunsten anderer Schulen Sonderpädagogen abgeben“ (taz, 22.02.2012). Konkret: In den IR-Klassen sollen 60 Prozent der sonderpädagogischen Ressourcen weggekürzt werden. Die Klassenfrequenzen in den I-Klassen der Stadtteilschulen und der Grundschulen werden erhöht. Die IF werden abgeschafft. Diese Verschlechterungen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass alle Regierungen mit erstaunlicher Konvergenz schon seit Anfang der 90er

Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Karl Marx, Thesen über Feuerbach, MEW 3

Jahre – Amtsperiode für Amtsperiode – kontinuierlich im Schulbereich gekürzt haben: Lehrerstellen, Raumzuweisung, Schulbau, pädagogische Ausstattung...

Zweitens werden die Gymnasien (und natürlich auch die privaten Schulen) von der Inklusion ausgenommen, sofern sie nicht einen besonderen Beschluss in der Schulkonferenz fassen. Und so sieht die Realität aus: Seit dem Schuljahr 2011/12 ist die Anmeldung in den Klassen 1 der Grundschulen und 5 der weiterführenden Schulen und seit 2011/12 an den Klassen 1,2 und 5,6 möglich. Laut Herbststatistik der Schulbehörde im Jahr 2011 sind 744 Anmeldungen vorgenommen worden: an 146 von 195 Grundschulen, an 48 von 54 Stadtteilschulen und an 5 (!) von 59 Gymnasien.

Drittens wird eine Quote von nur fünf Prozent SonderschülerInnen angesetzt. Im Vergleich dazu geht z.B. Finnland von 18% aus. Da keinerlei unabhängige Untersuchung zugrundegelegt wurde, darf man davon ausgehen, dass die Quote pragmatisch, also fiskalpolitisch festgelegt wurde: Bedarf ist, was wir bezahlen wollen. Berücksichtigt man den zweiten, oben ausgeführten Punkt, dann ergibt sich für die Stadtteilschulen eine deutliche Belastung an zusätzlichen pädagogischen Aufgaben.

Auch hier baut Thies Rabe auf einem hohen Stand auf. Genau wie seine VorgängerInnen Raab, Lange, Dinges-Dierig und Goetsch quetscht er die LehrerInnen so sehr wie Zitronen aus, dass auch die beste Fortbildung ihnen keine Perspektiven bietet, Kinder so zu fördern, wie es ihrem subjektiven Ansatz – und den Erfordernissen der Inklusion entspricht: Bereits die inzwischen durchgesetzten Arbeitsbedingungen der PädagogInnen verhindern individuelle Förderung. Die neue Aufgabe wird den Belastungspegel weiter erhöhen.

Viertens werden die Mittel so knapp angesetzt, dass ihre Wirksamkeit bezweifelt werden kann und außerdem werden sie zum Teil zweckentfremdet umgeschichtet: Für ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung (LSE) ist ein Einsatz von 40% von 3,5 zusätzlichen Unterrichtsstunden vorgesehen, also 1,4 Unterrichtsstunden. In der Ganztagsschule kommen 0,12 Unterrichtsstunden hinzu (= 5,4 Minuten). 60% der zusätzlichen Ausstattung sind Unterrichtsbegleitung durch („preiswertere“) Sozialpädagogen und Erzieher, die aus dem vom Bund bezahlten Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für Hartz IV Empfänger kommen. Bei einem LSE-Kind sind dieses 2,1 Unterrichtsstunden Begleitung in der Halbtagsschule und 0,18 Unterrichtsstunden (= 8,1 Minuten) mehr in der Ganztagsschule (Info der Fachgruppe Sonderpädagogik der GEW 12/2011).

Weiter auf Seite 17

Im Paragraph 12 des Hamburgischen Schulgesetztes heißt es nun u.a.: „Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben das Recht, allgemeine Schulen zu besuchen. Sie werden dort gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf unterrichtet und besonders gefördert. Die Förderung kann zeitweilig in gesonderten Lerngruppen erfolgen, wenn dieses im Einzelfall pädagogisch geboten ist.

Sonderpädagogischer Förderbedarf besteht bei Schülerinnen und Schülern, die auf Grund einer Behinderung so schwerwiegend in ihren Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten beeinträchtigt sind, dass sie im Unterricht der allgemeinen Schule ohne eine spezifische fachliche Unterstützung nicht hinreichend gefördert werden können. Sonderpädagogischer Förderbedarf kann in den Bereichen „Lernen”, „Sprache“ „emotionale und soziale Entwicklung“ „geistige Entwicklung“ „körperliche und motorische Entwicklung“ „Hören“ und „Sehen“ bestehen.“

Allgemeiner Sozialer Dienst – ASD

Die Allgemeinen Sozialen Dienste sind die regional ausführenden öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Sie sind Bestandteil der Hamburger Bezirksämter.

Laut Sozialgesetzbuch (SGB) VIII soll die Jugendhilfe zur Verwirklichung des Rechts eines jeden jungen Menschen auf „Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ beitragen. Insbesondere soll sie:
„1. Junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,
2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,
3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,
4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“

Entsprechend den im Sozialgesetzbuch beschriebenen Aufgaben informieren und beraten die regionalen ASD (z. B. über sozialräumliche Hilfeangebote und gesetzliche Ansprüche nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, in Erziehungs-, Partnerschafts-, Trennungs- und Scheidungsfragen, bei Suchtproblemen, familiärer oder sexueller Gewalt) und bieten Hilfeleistungen an (z.B. ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen, Hilfen für junge Volljährige). Bei akuter Gefährdung des Kindeswohls müssen die ASD zum Schutz notwendige Maßnahmen ergreifen oder Kinder- und Jugendliche in Obhut nehmen. Sie erteilen und entziehen die Pflegeerlaubnis, stellen Vormundschaften und sind regelhaft beteiligt in Verfahren vor dem Familien- und Vormundschaftsgericht. Die ASD als öffentliche Träger der Jugendhilfe beraten und beauftragen auch freie Träger mit der Wahrnehmung o.g. Aufgaben.

Die Hamburger ASD sind chronisch unterbesetzt, aufgrund hoher Verantwortung und Arbeitsverdichtung und niedriger gesellschaftlicher Anerkennung und Bezahlung sind die Arbeitsbedingungen schlecht, einzelne ASD-MitarbeiterInnen haben häufig über 80 „Fälle“ zu bearbeiten und zu verantworten. Viele Stellen im ASD sind deshalb unbesetzt, die Fluktuation ist hoch. Die im ASD Tätigen stehen unter hohem Druck, trotz erdrückender Kenntnis über vorliegenden Hilfebedarf den politischen Finanzierungsvorgaben gerecht zu werden. Zwar steigen angesichts zunehmender sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung die Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung, es sinken allerdings politisch gewollt die Aufwendungen für einzelne Hilfemaßnahmen. *Weiter auf Seite 15*

Die Ökonomisierung des Sozialen … am Beispiel der Behindertenhilfe

Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus, der große Bereiche der Gesellschaft einer Kosten-Nutzen-Analyse unterworfen hat, ist auch die soziale Arbeit in den Fokus der Ökonomisierung geraten.

Die Finanzierung von sozialer Arbeit folgte in der fordistischen Epoche einem Aushandlungsmodell. Dieses Aushandlungsmodell war an eine Vorrangstellung der großen Träger der Wohlfahrtspflege gebunden, da diese aufgrund ihrer Größe und ihres Einflusses einen großen Verhandlungseinfluss hatten. Im Rahmen der Ökonomisierung der sozialen Arbeit wurde die Privilegierung der Träger der Wohlfahrtspflege zurückgedrängt und diese nicht besser als andere Wettbewerber behandelt.

Die Beziehungen von Geldgeber, Leistungserbringer und „Kunden“ werden jetzt marktförmig strukturiert und betriebswirtschaftlichen Kriterien unterworfen.

Diese Strukturveränderung der institutionellen Beziehungen ruft auch auf der Subjektebene Veränderungen hervor. Soziale Arbeit wird als Hilfe zur Selbsthilfe definiert. Dabei geht es vor allem um die Aktivierung der individuellen Ressourcen. Sozialarbeit wird auf „Kunden“ konzentriert, deren individuelle Ressourcen am erfolgversprechendsten scheinen, ihre Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu reduzieren. In der Konzentration von sozialstaatlichen Leistungen auf die Fittesten hat die Kategorisierung von Leistungsbeziehern als Markt- bzw. Betreuungskunden ihren Ursprung, da erst so eine optimale Ausschöpfung sozialstaatlicher Ressourcen unter den Bedingungen knapper finanzieller Mittel gewährleistet wird.

Wie sich die Ökonomisierung der sozialen Arbeit auf Betroffene und Mitarbeiter auswirkt,

soll am Beispiel des Ambulantisierungsprozesses in der Behindertenhilfe gezeigt werden.

Die bisher dominierende Wohnform in der Behindertenhilfe ist die stationäre Wohnform gewesen. Es ist aber eine alte Forderung der Behindertenbewegung ein selbstbestimmtes Leben in ambulanten Wohnformen verwirklichen zu können. Dieser Forderung ist die Behörde in Hamburg nachgekommen. Wenn die Träger der Behindertenhilfe den kostengünstigeren Ambulantisierungsprozess vorantreiben, wird ihnen eine mittelfristige finanzielle Planungssicherheit gewährt. Es ist zu begrüßen, dass die Träger der Behindertenhilfe den Ambulantisierungsprozess vorantreiben, auch wenn dieses rein fiskalische Gründe hat. Es muss aber kritisiert werden, dass Prozesse, die ein höheres Maß an Autonomie ermöglichen, sich auf Personen mit einem geringen Unterstützungsbedarf konzentrieren und Personen mit einem hohen Unterstützungsbedarf in diese Prozesse nicht einbezogen werden. Es sind für diese Personen ebenfalls Konzepte entwickelt worden, wie sie in ihrem Leben zu mehr Autonomie und Selbstverwirklichung kommen können, allerdings erfordern diese mehr finanzielle Ressourcen.

Es ist zudem bei den Trägern der Behindertenhilfe nicht mehr selbstverständlich sich auf tarifliche Regelungen im Betrieb zu stützen. Es gibt Träger, die eigene Vereinbarungen haben, die um gut 10 Prozent unter dem entsprechenden Tarifvertrag liegen. Die Gewerkschaft Verdi hat zu Recht darauf verwiesen, dass diese Träger mit Lohndumping versuchen, die Konkurrenz zu unterbieten. Darüber hinaus muss konstatiert werden, dass kaum mehr Vollzeitstellen vergeben werden. Es ist daher in immer stärkerem Maße zu beobachten, dass die Beschäftigten bei den großen Trägern mehrere Jobs ausführen und dadurch die Amerikanisierung des internen Arbeitsmarktes voranschreitet.

Ein weiterer Punkt ist, dass ehrenamtliche Arbeit immer mehr dazu benutzt wird Regelarbeitstätigkeiten zu ersetzen. Hier wird das Bedürfnis von Menschen nach Solidarität und Hilfe zur Kompensation von Stellenstreichungen benutzt.

Diese Beispiele haben gezeigt, dass sich alte Forderungen der Behindertenbewegung verwirklichen lassen, wenn sie sich ökonomisch rechnen, diese Konzepte aber an Personen mit einem sehr hohen Unterstützungsbedarf vorbeigehen. Weiterhin konnte gezeigt werden, dass sich immer stärker eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes „ Behindertenhilfe“ herauskristallisiert, die einem emanzipatorischen Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft entgegensteht.

Michael Hartwig ist Sozialwissenschaftler, arbeitet in Projekten zur sozialen Integration Behinderter

Fortsetzung von Seite 14

ASD-Mitarbeiter sind politisch dazu angehalten, stets die kostengünstigste Hilfemaßnahme zu verfügen, die Zeiten einer Hilfemaßnahme zu begrenzen und Hilfesuchende zu vertrösten. Auch die freien Träger der Jugendhilfe werden in Konkurrenz zueinander gesetzt, nötige Hilfemaßnahmen möglichst kostengünstig anzubieten. Die ASD werden von den angekündigten Kürzungen von Personalstellen im öffentlichen Dienst erneut betroffen sein.

Anja Post-Martens

„Ampeldatei“ für sogenannte jugendliche Intensivtäter

Seit Ende September 2011 werden in Hamburg ca. 300 Jugendliche, die als sogenannte Intensivtäter eingestuft wurden, durch eine zentrale „Ampeldatei“ überwacht. Dieses „Obachtsverfahren“ wird von der Abteilung zur Bekämpfung der Jugendkriminalität der Polizei Hamburg koordiniert, dort laufen alle Daten der überwachten Jugendlichen zusammen.

Die Sozialbehörde, die Behörde für Schule und Berufsbildung, die Jugendgerichtshilfe/Jugendbewährungshilfe, die Innenbehörde (Polizei) und die Justizbehörde sollen wöchentlich (!) nach dem Ampelprinzip ‚grün-gelb-rot‘ den Status der überwachten Jugendlichen melden (bspw. gibt es für gute Noten ‚grün‘, das für Schulschwänzen ‚gelb‘, für schulische Gewaltmeldungen ‚rot‘, für nicht erreichbare Jugendliche in Betreuung ‚rot‘, für Opfer häuslicher Gewalt ‚gelb‘...). Steht die Ampel auf ‚rot‘, wird von der Polizei zur „Fallkonferenz“ geladen. Alle o.g. Behörden müssen dorthin Vertreter entsenden, die über geeignete Hilfemaßnahmen beraten sollen. Die betroffenen Jugendlichen und ihre Erziehungsberechtigten werden nicht geladen. Jugendliche, die über einen längeren Zeitraum grüne Ampeleinträge sammeln konnten, werden aus der Datei entlassen.

Der Sozialsenator hält dieses Verfahren für unbedenklich, da lediglich die Polizei alle Daten einsehen könne. Schule, Jugendamt und Jugendgerichtshilfe werden zu Handlangern der polizeilichen Strafverfolgung gemacht, ihr eigentlicher Unterstützungs- und Hilfeauftrag wird – hinsichtlich des Datenschutzes auf dramatisch rechtswidrige Weise – unterlaufen. Die betroffenen Jugendlichen werden kriminalisiert und drangsaliert, ohne dass tatsächlich neue Betreuungs- und Hilfeangebote realisiert werden. Diese werden stattdessen massiv gekürzt.

Anja Post-Martens ist Sozialpädagogin in einem Schulverweigerungsprojekt

Giftliste der offenen Kinder- und Jugendarbeit

DIE LINKE fordert die Rücknahme der beabsichtigten Kürzungen, eine bessere materielle und personelle Ausstattung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und die Berücksichtigung von Tariferhöhungen im Zuwendungsetat

Schuldenbremse und „Pay as you go“ sind die politisch-fiskalischen Zauberworte des Hamburger Senats unter Bürgermeister Scholz. Die Schuldenzunahme darf demnach 0,88 Prozent nicht übersteigen und alle Mehrausgaben müssen mit Minderausgaben gedeckt werden. Was vernünftig klingt, birgt doch viel Unvernunft. Also muss zum Beispiel der erneute Ankauf von HAPAG-Lloyd-Aktien in Höhe von 420 Millionen Euro durch die Stadt mit Kürzungen in anderen Bereichen gegenfinanziert werden. Bei HAPAG-LLOYD handelt es sich um ein privat-kapitalistisches und nicht um ein öffentliches Unternehmen! Den Bezirken wird im Gegenzug auferlegt, Kürzungen in Höhe von nahezu einer halben Milliarde Euro vorzunehmen. Die Konsequenz ist der Abbau öffentlicher Dienstleistungen für die Allgemeinheit. Das wird auch enorme Auswirkungen auf die Jugendhilfelandschaft zeitigen.

Die finanziellen Zuwendungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), für die Jugendsozialarbeit, für die Familienförderung und Familienberatung im Rahmen der Jugendhilfe und für die Sozialräumliche Angebotsentwicklung sollen im Doppelhaushalt 2013 und 2014 um 10,24 Prozent pro Jahr gekürzt werden. Weitere Kürzungen sollen bei Einrichtungen vorgenommen werden, die nicht über die bezirkliche Rahmenzuweisung erfolgen, sondern über den Landesförderplan finanziert werden (Minus 10 Prozent) sowie bei den Kontenrahmen Dienstbezüge der Bezirke. Außerdem droht der Senat damit, die Finanzierung künftiger Gehaltserhöhungen zu verweigern. Dies ist erst der Beginn der Kürzungswelle im Jugendhilfebereich.

Es droht ein Kahlschlag in der Jugendhilfelandschaft. Langfristig steht die vollständige Abwicklung der OKJA zu befürchten, trotz gegenteiliger Beteuerungen des Sozialsenators Scheele. Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) verhandelt gerade mit den Bezirksämtern über die Umsetzung der Streichungen. Alle Bezirksjugendämter haben inzwischen „Giftlisten“ mit Einrichtungen erstellt, die ganz schließen müssen, Personalstellen verlieren sollen, in einem anderen Bereich umgeschichtet oder weniger Betriebsmittel erhalten werden. Der Widerstand gegen die Kürzungspläne ist heftig und dauert seit Bekanntwerden der ersten Ankündigungen seit einem Dreivierteljahr an. Bunte Aktionen, lautstarke Go-ins in Sitzungen von Jugendhilfe- und Familienausschüssen und der Bezirksversammlungen, Demonstrationen, weit über 30.000 Protestunterschriften, die Anhörung im Rathaus, viele Presse- und Fernsehberichte und die Solidarität in den Quartieren erzeugten einen großen Druck auf die regierende SPD. Alle Jugendhilfeausschüsse in den Bezirken und des Bundeslandes stimmten dagegen. Einige Bezirksversammlungen, in denen die SPD nicht über die absolute Mehrheit verfügt, folgten. Selbst einzelne Mitglieder der SPD stimmten zu.

Deshalb versuchen Sozialsenator Scheele und der Senat die Kürzungen zu verschleiern. In einigen Bezirken sollen nun die von Kürzungen betroffenen Einrichtungen in den Bereich Sozialräumliche Hilfen und Angebote verschoben werden. Diese stellen im Grunde eine Lightversion von Hilfen zur Erziehung dar. Kinder und Jugendliche werden die vormals offenen Einrichtungen nicht mehr freiwillig aufsuchen können, sondern sie werden künftig zugewiesen. Der Fokus des pädagogischen Handelns wird vornehmlich auf die Vermeidung von Hilfen zur Erziehung zielen. Und dabei wird der Eindruck vermittelt, die offene Kinder- und Jugendarbeit hätte dies nicht geschafft. Das Gegenteil ist der Regelfall. Denn die langjährige Beziehungsarbeit mit freiwillig erscheinenden und motivierten Kindern machte sie zu starken Persönlichkeiten. Eine Einleitung von Hilfen zur Erziehung war selten nötig. Jede gestrichene oder verschobene Einrichtung und jede wegfallende Personalstelle steht unwiderruflich nicht mehr der offenen Kinder- und Jugendlarbeit zur Verfügung!

281 Einrichtungen betreuen nahezu 30.000 Hamburger Kinder und Jugendliche Woche für Woche. Viele von ihnen wachsen in Armut auf und erhalten lediglich eine Mindestsicherung nach SGB II. In Hamburg lebt jedes 4. Kind in Armut, im Bezirk Mitte trifft es sogar auf 41,6 Prozent aller Kinder zu! Ein hoher Prozentsatz der BesucherInnen, Groß wie Klein, hat eine familiäre Migrationsgeschichte.

Kinder wie Jugendliche kommen nachmittags nach der Schule, abends, am Wochenende und in den Ferien. Der offene und niedrigschwellige Charakter der pädagogisch betreuten Abenteuer- und Bauspiel-

plätze, der Spielhäuser und Jugendzentren bietet ihnen einen freien Raum für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Hier lernen sie in einem informellen Rahmen viel, weit selbstbestimmter als es in der Schule möglich ist. Und alle Angebote sind beitragsfrei.

Doch diese Einrichtungen sind seit langem personell und materiell unzureichend ausgestattet. Weit mehr als die Hälfte von ihnen weist weniger als zwei Personalvollzeitstellen auf. Im Gegenzug stiegen die Arbeitsanforderungen an die Fachkräfte im hohen Maße. Die Bildungs- und Betreuungsangebote in den Ganztagsschulen könnten ohne diese Einrichtungen schlicht nicht stattfinden. Viele tausend Schulkinder werden von ihnen im Rahmen der Kooperation in der Schule wie in den Einrichtungen verbindlich betreut. Trotzdem behauptet der für die Jugendarbeit zuständige Senator Scheele, man brauche künftig nicht mehr so viele Einrichtungen. Die Ganztagsschule mache sie überflüssig.

Nach diesen Plänen werden nicht einmal 50 Prozent der Schulkinder im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in den Schulen verbleiben. Die Einrichtungen haben, im Gegensatz, alle nach 16:00 Uhr und zu einem großen Anteil am Wochenende auf! Mindestens 3,5 Millionen, möglicherweise das Doppelte, sollen allein bei der OKJA, in der Familienförderung und in der Jugendsozialarbeit „konsolidiert“ werden. Dabei beträgt der Gesamtetat für all diese Einrichtungen gerade einmal 35 Millionen Euro! Insgesamt, so Senator Scheele, drohen in allen Bereichen der BASFI Kürzungen im Umfang von 67,5 Millionen Euro, überall dort, wo keine gesetzlichen Verpflichtungen bestehen, die unbedingt eingehalten werden müssen.

Im Vergleich dazu gibt der Senat für den Bau der Elbphilharmonie und für ihren späteren Betrieb, für die Bürgschaft zur zweifelhaften Rettung der HSH Nordbank, für den Kauf weiterer Aktienanteile an Hapag Lloyd und für die Vertiefung der Elbfahrrinne mehr als 4,5 Milliarden Euro aus. Flops wie der Verkauf des LBK an Asklepios entwickelten sich zu Schuldenbeschleunigern. Allein mit dem Verkauf der HEW gab die Stadt jährlich gut 250 Millionen Euro Gewinn ab, die in der Vergangenheit in den Landeshaushalt eingingen. Die streicht sich nun seit Jahren Vattenfall Europe ein. Hamburg unternimmt nichts, um die Einnahmesituation zu verbessern. Der Senat wird nicht aktiv, um die Vermögenssteuer wiedereinzuführen, und tritt ebenso wenig für die Erhöhung des bundesweiten Spitzensteuersatzes von gut 42 Prozent auf früher gültige 53 Prozent, die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Erbschaftssteuer ein. In Wahrheit richten sich die Schuldenbremse und das Prinzip „pay as you go“ in der Praxis gegen die Mehrheit der Menschen und dienen ausschließlich den Reichen und den mächtigen Wirtschaftsunternehmen.

Volker Vödisch ist Sozialpädagoge auf dem Abenteuerspielplatz Am Brunnenhof in St. Pauli-Nord

Fortsetzung von Seite 13

Angesichts dieser Zahlen ist die Bezeichnung „Mogelpackung“ für die Hamburger Variante des inklusiven Bildungskonzeptes – wie sie von Kritikern verwendet wird – durchaus berechtigt. Dabei befindet sich die Hansestadt in „guter“ Gesellschaft. Die deutschen Landesregierungen behaupten lediglich, sie würden die Inklusion umsetzen, dabei setzten sie sich selbst in Wahrheit das Ziel, das, was nicht passt, passend zu machen: Inklusion braucht so viele Ressourcen, wie sie bezahlen wollen. Fazit: Inklusionsanspruch und Bildungskürzungen passen nicht zusammen. Und: Da mit der Inklusion die sozial bestimmte und politisch immer noch gewollte Mehrgliedrigkeit des Schulsystems nicht aufgehoben wird, verfehlt das Hamburger Konzept eine wesentliche Voraussetzung für eine echte Inklusion. Es muss sich dem Vorwurf aussetzen, ein Kurieren an den Symptomen gesellschaftlicher Ungleichheit zu sein. An den politischen und ökonomisch begründeten Klassengrenzen endet das pädagogische Konzept der Heterogenität. Hinzu kommt: Neben der Zweigliedrigkeit des Hamburgischen Schulsystems wird auch mit dem Prinzip der Auslese, den Notenzeugnissen, zielgerichtetem Unterricht und bornierten Bildungsplänen die Wirkung inklusiver Pädagogik grundsätzlich in Frage gestellt.

Mit ihren sogenannten Verwaltungsreformen haben zudem SPD, CDU, FDP und GAL nahtlos aneinandergereiht neoliberale betriebswirtschaftliche Prinzipien in die Schulen gebracht, die in ihren Auswirkungen reine Antipädagogik sind (Kinder mit hohen pädagogischen Bedarfen werden letztlich zum „Kostenfaktor“) und mit der Verschärfung von „Effizienzrechnungen“ und Konkurrenz die Grundlagen der Privatsierung gelegt. Sie haben undemokratische, autoritäre, weitgehend mitbestimmungsfreie Betriebe versucht zu schaffen, die – selbst wenn sie noch nicht privatisiert werden – immer mehr gezwungen werden so zu handeln, als ob sie privatisiert seien. Mit der Einrichtung der „selbstverantworteten Schule“ wurde vor allem von der CDU ein großer Schritt in diese Richtung getan. Thies Rabe knüpft jetzt ebenso nahtlos an dieser Entwicklung an, wie es vor ihm die Grüne Christa Goetsch getan hat.

Inklusion ist gleichwohl ein wichtiges politisches Ziel der LINKEN. Wir wollen mit diesem Text einen Beitrag dazu leisten, dass die Diskussion weiter geht, dass ein Klima entsteht, in dem bessere Bedingungen durchgesetzt werden können. Fraglich bleibt aber, ob man beim Hamburger Modell überhaupt von Inklusion sprechen kann – wieviel „Ja!“ also dieses „Nein!“ verträgt. Denkbar ist auch, dass das Ziel,“Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen“ ohne eine Veränderung der „gesellschaftlichen Verhältnisse“ nicht möglich ist.

Uli Ludwig und Uwe Post sind Redakteure dieser Zeitschrift

Das Recht auf Nahrung

In Hamburg versorgen die Tafeln etwa 20.000 Bedürftige in mehr als 80 sozialen Einrichtungen, Suppenküchen, Übernachtungsstellen für Obdachlose. Hinzu kommen weitere karitative und kirchliche Organisationen, die ebenfalls einer großen Zahl von Bedürftigen Nahrungsmittel zur Verfügung stellen. Die Nachfrage ist größer als das Angebot von Tafeln, Suppenküchen und anderer sozialer Einrichtungen.

Besonders groß ist die Ernährungsarmut in Hamburger Stadtteilen mit einer hohen Quote von Bürgern, die staatliche Sozialleistungen („Hartz IV“) erhalten: Harburg, Wilhelmsburg, Veddel, Horn, Billstedt, Jenfeldt, aber auch Altona Altstadt, Teile von St. Pauli, Steilshoop und Allermöhe gehören dazu. Dort erhalten 18 bis 30 Prozent der Bürger staatliche Sozialleistungen.

In Hamburg lebten Ende 2010 etwa 230.000 Menschen von staatlicher Grundsicherung, waren arm bzw. armutsgefährdet. Weiterhin gab es eine Dunkelziffer von etwa 70.000 Menschen, die statistisch nicht erfasst wurden, weil sie u.a. aus Scham, Unkenntnis, trotz Bedürftigkeit keine Anträge gestellt haben.

Nach eigener Einschätzung konnte sich 2009 fast jede dritte der armutsgefährdeten Personen keine regelmäßigen Mahlzeiten mit Fleisch, Geflügel oder Fisch leisten. Die staatliche Grundsicherung, insbesondere Hartz IV, reicht für ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht aus. Dies haben mehrere aktuelle Gutachten sowie Stellungnahmen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände belegt.

Kinderarmut in Hamburg

Kinderarmut ist Familienarmut. In Hammerbrook, Jenfeld, Veddel und Wilhelmsburg beispielsweise lebt mindestens die Hälfte der Kinder ganz oder teilweise von Sozialleistungen. Die Hilfsquote erreichte Ende 2010 in Steilshoop und Billstedt jeweils sogar knapp 52 Prozent. Im September 2011 lebten in Hamburg 49.497 Kinder von Hartz IV. Die dort enthaltenen viel zu geringen Sätze für Nahrungsmittel und Getränke reichen für eine gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen nicht aus. Dies ergab eine Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund. Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Bildungspaket für Kinder und Jugendliche hat aufgrund seiner bürokratischen Fehlkonstruktion bisher nicht wesentlich zum Abbau von Kinderarmut beigetragen.

Wohnungslose und Obdachlose

Besonders betroffen von Ernährungsarmut sind in Hamburg auch etwa 4.000 Wohnungslose, davon 1.000 Menschen, die auf der Straße leben. Wohnungslosigkeit ist ein Schicksal, das mit vielfältigen materiellen und psychosozialen Problemen verbunden ist. Dazu gehört auch der tägliche Kampf um Nahrung.

Grundleistungen für Flüchtlinge

Zu den Gruppen, die sich ebenfalls in einer schlimmen Notlage befinden gehören in Hamburg etwa 6.700 Flüchtlinge. Sie erhalten nur eine sehr geringe finanzielle Unterstützung nach dem Asylbewerbergesetz, dessen Regelsätze liegen je nach Altersstufe weit unter Hartz IV. Davon kann niemand regelmäßig satt werden. Diese Praxis steht im Widerspruch zu einem menschenwürdigen Existenzminimum des Grundgesetzes und den sozialen Menschenrechten.

Mangelernährung älterer Menschen

Mangelernährung älterer Menschen hat häufig materielle Ursachen. Die Rente ist zu gering. Wenn das Geld nicht ausreicht, um sich gesund zu ernähren, kommt es zu Ernährungsarmut. Im Jahr 2010 bezogen inzwischen mehr als 18.000 ältere Menschen Sozialleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Die Zahl der Bedürftigen dürfte erheblich höher sein, da besonders bei älteren Menschen die Dunkelziffer hoch ist. Inzwischen ist etwa jeder zehnte Tafelnutzer ein Rentner. Die Altersarmut wird weiter zunehmen...

Recht auf Nahrung

Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht. Grundlage sind Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie Art. 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle

Veranstaltungshinweis

Rechte. Das Recht auf Nahrung beinhaltet die Verfügbarkeit, den Zugang und die Angemessenheit der Qualität der Nahrung, insbesondere ein ausreichendes Maß an nährstoffreicher Nahrung. Durch Ernährungsarmut wird das Recht auf Nahrung verletzt.

Anti- Armutsprogramm für Hamburg
Zur Verantwortung des Senats gehören deshalb politische Maßnahmen, die diese Fehlentwicklungen beseitigen. Notwendig sind ein Armuts-und Reichtumsbericht für Hamburg sowie ein Anti-Armutsprogramm. Ein Aktionsprogramm gegen Ernährungsarmut, Kinderarmut und Mangelernährung von älteren Menschen sind wichtige Herausforderungen für eine Politik, die dem Anspruch auf mehr soziale Gerechtigkeit verpflichtet ist.

Gerd Pohl und Jürgen Stahn sind aktiv bei FIAN, der internationalen Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung

---

Literatur

Barlösius, Eva: Ernährung in der Armut. Eine Rückschau: 1994 bis heute, in: aid infodienst (Hrsg.) Abgehängt und alleingelassen? Herausforderung Ernährungsarmut. Tagungsband zur 30. Jahrestagung der AGEV in Kooperation mit dem aid infodienst Bonn 20104

Frey, Alexander: Über die Zustände in deutschen Pflegeheimen, in: FoodFirst. FIAN Magazin für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte Nr.3/11.

Statistikamt Nord: Statistisches Jahrbuch Hamburg 20099/2010, Hamburg 2011.

Völker, Wolfgang: Die Tafeln: eine sozialpolitische Herausforderung, in: Gerd Pohl/ Klaus Wicher (Hrsg.), Armes Reiches Hamburg, Hamburg 2011.

Lebendige Geschichtswerkstatt

Stadtteilarchiv, eigene Publikationen, wie den jährlichen Rundbrief, und aktiv vor Ort: Eine gut vernetzte Geschichtswerkstatt mischt sich in die Hamburger Kommunalpolitik ein – die Willi Bredel Gesellschaft. Ihre Aktionsformen reichen von kritischen Stadtteilrundgängen über Informationsveranstaltungen bis hin zur Initiierung eines Bürgerentscheides und dem Aufruf zu einer symbolischen Hausbesetzung.

An der Wellingsbütteler Landstraße 59 lässt ein Immobilienhai ein 250 Jahre altes Reetdach-Bauernhaus verfallen, obwohl es seit 2003 unter Denkmalschutz steht. Seit Jahren entmietet im Quartier Am Weißenberge, Nesselstraße, Maienweg die SAGA die Beamtenwohnungen von JVA-Mitarbeitern, über 70 Wohnungen stehen derzeit leer. Der Abriss von sechs etwa 140 Jahre alten Doppelhäusern ist beschlossene Sache. An der Hebebrandstraße 8 lässt die SAGA vier von zehn ca. 100 Jahre alten Landarbeiterhäuschen verrotten, um für einen geplanten Neubau allmählich Platz zu schaffen. Es gibt also reichlich Arbeit für eine örtliche Geschichtswerkstatt im Spanungsfeld zwischen dem Senats-Ziel von Wohnungsbau um jeden Preis und dem Erhalt von Gebäuden, die auf Grund ihrer bau- und sozialgeschichtlichen Bedeutung wichtig für die Identität des Stadtteils sind.

Sowohl private Investoren als auch die kommunale SAGA/GWG nutzen die „Gunst der Stunde“, um rücksichtslos wertvolle historische Bauten zugunsten von Neubauten (überwiegend Eigentumswohnungen) zu vernichten. Bezirkspolitiker – auch der Linken – tragen in den Stadtentwicklungsausschüssen hinter verschlossenen Türen diesen „historischen Kompromiss“ mit; das Denkmalschutzamt erweist sich immer wieder als Papiertiger. Ohne Transparenz und echte Beteiligungsverfahren bleibt also nur der Bürgerprotest!

Die Bredel-Gesellschaft mischt sich darüber hinaus auch in andere Politikfelder ein: In der Nähe des Flughafens ist in zwei Holzbaracken der Firma Kowahl & Bruns aus dem Jahre 1942 eine Ausstellung über NS-Zwangsarbeit in Hamburg aufgebaut worden, die zunehmend auch als außerschulischer Lernort angenommen wird. Die Stolpersteinaktion wird im Stadtteil begleitet, wobei nicht nur die Opfer, sondern auch die Täter benannt werden.

Vor zwei Jahren hat der Verein vor dem Hintergrund der zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr eine Kampagne zum Gedenken an die Opfer ...

Weiter auf Seite 25

Die Katze ist aus dem Sack … oder?

Für eine bedarfsorientierte Sozialpolitik ist in Zukunft kein Geld mehr da, oder?

Den Medien konnten wir es in den vergangenen Wochen entnehmen, der Senat – Senator Scheele – kürzt in der Sozialpolitik. Die Begründung besteht in der Schuldenbremse, die anscheinend „Gott gewollt" auf uns heruntergeprasselt ist und deshalb nicht zu ändern, nein sogar durch Absicherung in der Landesverfassung zu zementieren ist.

Der Erste Bürgermeister, Olaf Scholz, „ein Gründungsmitglied" der neoliberalen Vereinigung Schuldenbremse und Hartz IV, hat seine Vision immer wieder deutlich gemacht: Es gilt für ihn, 2020 oder schon 2019 oder – wenn der Fiskalpakt kommt – 2016 die haushalterische 0 zu erreichen und dafür möchte er alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen.

Zwar wurde noch ein Antrag zur Vermögenssteuer in den Bundesrat weitergeleitet, aber im Ergebnis setzen Senat und Scholz nicht auf Einnahmestärkung, sondern vor allem auf Ausgabenreduzierung. Bei diesem Kürzungsprojekt nach 10-Jahres-Programm werden Unternehmer oder bestimmte Leuchtturmprojekte fast nicht angetastet, statt dessen müssen die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes wie auch der sozialen Trägerlandschaft „bluten" und es gibt massive Einschnitte bei den sozialen Angeboten.

Ein Problem, dies klarer zu erkennen, ist, dass der begrüßenswerte Beschluss, die Kita-Gebühren zu reduzieren, wie auch die Bildung zu verstärken, gleichzeitig genutzt wird, Kürzungen zu rechtfertigen und zu begründen. In der Folge noch mal genauer. Der Senat möchte also 250 Stellen allein im Öffentlichen Dienst pro Jahr einsparen, dies aber wird verknüpft mit den Tarifergebnissen. Sollten mehr als 1,5 Prozent Tariferhöhung pro Jahr erkämpft werden, dann steigt der Personalabbau.

D.h. wenn im Öffentlichen Dienst die 6,5 Prozent der Bundestarifverhandlungen erreicht werden, dann müssen in 2013/2014 statt 500 Stellen eher 2.000 Stellen abgebaut werden, hochgerechnet sind das bis 2020 ca. 10.000 Stellen. Bei den sozialen Trägern gilt diese Systematik entsprechend und jetzt schon überlegen einzelne Träger, die Kürzungen über Lohnreduzierungen aufzufangen.

Diese Verbindung „Kürzung: Tarifpolitik" ist fatal und perfide und zwingt die Beschäftigten ein Verhältnis zwischen ihrem eigenen Lohn zu ihrer sozialen Arbeit herzustellen.

Eine Kürzungszahl ist bereits bekannt und aus meiner Sicht ist das nur die Spitze des Eisbergs. 3,5 Millionen sollen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gekürzt werden, das sind 10 Prozent von insgesamt 35 Millionen.

35 Millionen werden folglich in Kinder- und Jugendhäusern, in Mädchentreffs und Spielhäusern ausgegeben für eine ermittelte Zahl von ca. 40.000 Kinder und Jugendliche, die diese Einrichtungen frequentieren. Konkret bedeutet das, dass pro Jahr zur Zeit nur 1.000 Euro pro Kind/Jugendliche ausgegeben werden, in Zukunft sollen es ca. 900 Euro sein. Diese Zahl allein macht schon deutlich, dass die Entscheidung ein „Armutszeugnis" des Senats ist.

Es bleibt aber nicht bei 3,5 Millionen Kürzungen. In allen Ansätzen des Sozialetats wird deutlich, es geht um viel mehr. Wohl bleibt der Ansatz von 2,4 Milliarden. in etwa gleich und die Hortkosten übernimmt in Zukunft die Bildungsbehörde, doch sieht es hinter den Zahlen ganz anders aus:

- Die Reduzierung der Kita-Gebühren kostet über 50 Millionen.

► Die Hilfen zur Erziehung – also ein gesetzlicher Auftrag – steigen. Im letzten Jahr waren es über 30 Millionen.

► Die Kosten für Kosten für Unterkunft, Pflege, Sozialhilfe etc. nehmen rasant zu.

► In der Summe gehen wir folglich davon aus, dass die gesetzlichen Aufgaben immer mehr kosten werden und deshalb Kürzungen von 60 bis 100 Millionen im Sozialhaushalt nicht zu hoch gegriffen sind.

Senator Scheele argumentiert insbesondere damit, dass bestimmte Leistungen in Zukunft sowieso nicht mehr abgefragt werden, weil sie von den Schulen übernommen oder aufgefangen werden. Das kann bei der einen oder anderen Maßnahme so sein, allerdings wage ich die Behauptung, dass dies in den Schulen nicht zu leisten ist. In den Schulen jagt zurzeit ein Projekt das andere: Inklusion, GBS, GTS, Stadtteilschule. Der eine Ansatz ist noch nicht umgesetzt, der andere folgt bereits. Sowohl die PädagogInnen als auch die KollegInnen der anderen sozialen Aufgaben verkünden bereits ihr Überlastung und sehen nicht, dass in Zukunft durch die Schule alles abschließend geregelt und geklärt werden kann.

Warum ist das so? Weil der Senat eines erkennen müsste: Hamburg ist wohl die Stadt der reichsten BürgerInnen, aber auch der ärmsten. Jedes 4. Kind befindet sich mittlerweile unterhalb der Armutsgrenze, über 100.000 Haushalte benötigen zusätzlich – neben ihrer Lohnarbeit – Leistungen nach Hartz IV - um nur wenige Zahlen zu nennen.

Fakt ist: Wir haben in Hamburg Armut! Dies muss der Senat akzeptieren und entsprechend entscheiden. Hierfür sind bedarfsorientierte Gelder notwendig und ein Armutsbekämpfungskonzept, das auch die Grundfesten der neoliberalen Politik angreift, ist notwendig.

Weil wir wissen, dass die Fortsetzung der bisherigen Senatspolitik auch die Fortsetzung der Kürzungen in den sozialen Bereichen bedeutet, haben sich bereits in der Frage der offenen Kinder- und Jugendarbeit Wohlfahrtsverbände, Träger und Gewerkschaften zusammengetan, um ein deutliches Zeichen gegen diese Rotstiftpolitik zu setzen.

Zwei wichtige Meilensteine dieses adhoc-Bündnisses waren eine bunte, laute und lebendige Demonstration, wie auch eine Großveranstaltung. Unser Ziel ist, die Kürzungen zu verhindern und eine bedarfsgerechte soziale Politik und Ausstattung zu erreichen. Die ersten Planungen für Aktionen sind gemacht.

Sieglinde Frieß ist Fachbereichsleiterin Bund/ Länder und Gemeinden von ver.di Hamburg

Fortsetzung von Seite 8

oder Zerschlagung des Konzern verhindern können und wurde ohne Kosten für die Stadt abgeschlossen. Als auch die städtische Beteiligung an Aurelis (Norddeutsche Affinerie) hat sich positiv ausgewirkt.

„Die Handlungsalternativen für Die Linke in dieser Situation besteht in jedem Falle darin, Systemgrenzen aufzuzeigen." (Uli, Seite 9) Das ist falsch. Systemgrenzen aufzuzeigen kann jeder ohne Frage, aber das ist weder Handeln noch den Aufgaben einer Partei gemäß. Diese muss die Menschen mobilisieren, Ziele diskutieren und anstreben und erreichen. Sonst kann sie ein theoretischer Zirkel bleiben. In diesem Fall bestand die Aufgabe darin, die Forderungen der Menschen von Hapag Lloyd, aber auch vom Hafen aufzunehmen und zu unterstützen und nicht ihnen zu erklären, dass die LINKE findet, dass das System keine Rettung ermöglicht und deshalb abgeschafft gehört. So wird das nichts – weder mit der LINKEN noch mit dem Sozialismus.

Norbert Hackbusch im Juli 2012

Fortsetzung von Seite 9

Gegenwehr gegen die neoliberale Politik der SPD/ CDU/FDP/GAL mit zu organisieren. Wenn wir nicht die Grenzen aufzeigen, die das kapitalistische System unserem Handeln setzt – wie wollen wir dann Menschen von der Notwendigkeit eines demokratischen Sozialismus überzeugen?

Das Problem ist nicht die Kreditaufnahme an sich (diese könnte z.B. bei einer Demokratisierung wirtschaftlicher Bereiche sinnvoll sein), sondern die Konzernstützung ohne eine Möglichkeit der Beeinflussung. Die faktische Zusammenarbeit mit der SPD in Fragen dieser Reichweite hätte in der Partei diskutiert werden müssen, es hätte genügend Zeit dafür gegeben. So hat die Fraktion von der Partei isoliert gehandelt – eine Entwicklung, die geändert werden muß.

Die Zustimmung der LINKEN war, genau wie die drei begleitenden Anträge, reine Symbolik. Es wurde im Parlament Bewegung simuliert, die im gesellschaftlichen Bereich tatsächlich geschaffen werden muß. Wir werden kenntlich und unterscheidbar durch eine Politik, die Ansätze zur Systemüberwindung durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse aufzeigt. Dafür ist die Partei da, dafür haben wir ein Programm, dafür müssen Partei und Fraktion zusammenarbeiten.

Uli Ludwig

Gegen das neoliberale Diktat

Die nationale Rechtsregierung der Pardido Popular (PP) in Spanien war kaum vier Monate im Amt, da fanden am 25. März 2012 in den Autonomen Gemeinschaften Andalusien und Asturien Wahlen statt. In Andalusien, der bevölkerungsreichsten Comunidad Autonoma Spaniens, die seit 30 Jahren von der sozialdemokratischen PSOE regiert wurde, drohte eine Übernahme der Regierung durch die rechte PP, da die PSOE sich an den neoliberalen Kürzungen beteiligt hatte und außerdem in einen Korruptionsskandal verwickelt war. Die PP erreichte in Andalusien 40,6 Prozent der Stimmen, die PSOE 39,5 Prozent und die IU (Vereinigte Linke) verdoppelte ihren Stimmenanteil auf 12 Prozent.

Das Ergebnis ermöglichte also die Verhinderung einer Rechtsregierung, wenn PSOE und IU eine Koalition eingehen würden. Beide Parteien verhandelten eine Übereinkunft für Andalusien (Acuerdo por Andalucía, 18. April 2012), die von der IU ihren Mitgliedern in Versammlungen zur Abstimmung vorgelegt wurde. Trotz vieler Bedenken in der Vereinigten Linken wurde eine Koalition gebildet, die das Wahlergebnis als Votum gegen die neoliberalen Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem definiert. Ein Dekret der PP-Regierung zur Arbeitsmarktreform, das den Kündigungsschutz beseitigt, Abfindungen reduziert, Gewerkschaften entmachtet und die Arbeitslosigkeit weiter erhöht wurde durch einen Generalstreik aller Gewerkschaften beantwortet. Vor diesem Hintergrund kann eine Koalition von PSOE und IU ein linkes Gegengewicht zur zentralen Rechtsregierung bilden.

José Luis Centella und Willy Meyer: "Izquierda Unida hat ihre ganze Anstrengung darauf gerichtet, eine Regierungsvereinbarung zu erreichen, die sich von Andalusien aus gegen das neoliberale Diktat der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates wendet."

Die Redaktion

Willy Meyer (li.) ist Mitglied des Politbüros der KP Spaniens und José Luis Centella (re.) ist Generalsekretär der Spanischen KP

Andalusien: Programmatischer Kompromiss

Die Herausforderungen der Izquierda Unida in Andalusien

Das andalusische Volk hat uns nicht die notwendige Stärke gegeben, um unser gesamtes Programm umzusetzen. Es hat uns aber genügend Kraft gegeben, um die Perspektive unseres Programms mit einfließen lassen zu können. Die Verhandlung zwischen Izquierda Unida (IU, Vereinigte Linke) und PSOE wurden mit einem programmatischen Kompromiss abgeschlossen: Zum ersten Mal in der Geschichte der Demokratie ist von 2012 bis 2016 die IU an der Regierung Andalusiens beteiligt.

Es war nicht einfach, diese Vereinbarung zu erreichen, da sich die Positionen beider Organisationen grundlegend unterscheiden hinsichtlich der Ursachen der Krise, der Rolle der europäischen Krisenpolitik, der Verantwortung der verschiedenen Regierungen Spaniens für die dogmatische Anwendung der Marktderegulierung und weiter hinsichtlich des Paktes für Haushaltsstabilität, der Pri-

vatisierungen und des Fehlens einer progressiven Steuerpolitik, die den Wohlstand der Menschen entwickelt, sowie hinsichtlich einer verantwortlichen Politik, die Antworten auf die aktuelle Rezession und die Geißel der Arbeitslosigkeit findet.

Die Ergebnisse der französischen Präsidentschaftswahlen und der griechischen Parlamentswahlen bedeuten eine eindeutige Absage an diese ökonomische Ausrichtung, die seit den 90er Jahren von der Sozialdemokratie und der Rechten praktiziert wird.

Der Angriff der Regierung der PP (Pardido Popular) auf die Errungenschaften des Sozialstaates, auf die Kompetenzen Andalusiens und seine Selbstverwaltung - der größte bekannte Angriff seit 1978 - hat ohne Zweifel dazu beigetragen, die Möglichkeit einer Vereinbarung auszuloten, die ein fortschrittliches Handeln der andalusischen Regierung für die nächsten vier Jahren garantiert.

Izquierda Unida hat ihre ganze Anstrengung darauf gerichtet, eine Regierungsvereinbarung zu erreichen, die sich von Andalusien aus gegen das neoliberale Diktat der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates wendet. Diese streben danach, das europäische Projekt und den Wohlstandes der Menschen zu konditionieren, die demokratische Kontrolle der Ökonomie und der Europäischen Zentralbank zu verhindern und die Zukunft der EU der Hand der Märkte zu überlassen.

Es ist eine Zeit großer Ungewissheit für die Menschen mit und ohne Arbeit, für die soziale Wirtschaft und für die ökonomische Aktivität in Andalusien. Keine Übertreibung ist es zu sagen, dass die Verzweifelung viele Tausende Familien erreicht hat, die keinerlei Hilfe mehr erhalten, da alle Angehörigen ihr Arbeitslosengeld ausgeschöpft haben.

Vor diesem Hintergrund hat Izquierda Unida ihren Schwerpunkt auf die Notwendigkeit gelegt, einen Perspektivenwechsel aufzuzeigen, um das aktuelle unhaltbare Produktionsmodell zu überwinden. Es geht darum, Schritte zu unternehmen zur Verteidigung der andalusischen Produktion und zur demokratischen Planung und Kontrolle der Wirtschaft durch den Einsatz öffentlicher Finanzmittel, zur Verteidigung des öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystems gegen die für Andalusien geplanten Privatis ierungsbestrebungen sowie für den sozialen Schutz der Personen ohne Arbeit.

Es geht um ein neues Model, dass unvereinbar ist mit Verwaltungsakten wie z.B. die verfehlte Baugenehmigung für das Hotels “EL Algarrobico”, die gegen das geltende Küstengesetz verstößt, dessen eigentliches Ziel vor allem die Sicherstellung des öffentlichen Zugangs zum Meeresufer ist.

Gegen die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben, gegen die Lohnkürzungen, gegen die Prekarisierung der Arbeit, gegen die Erhöhung des Rentenalters, die die Nachfrage stagnieren lässt, bekräftigt Izquierda Unida, dass die Zeit gekommen ist, die Wirtschaft zu aktivieren mittels eines Beschäftigungsplans, der auch die schutzlosesten Menschen einbezieht.

Die Diktatur der Märkte benötigt schwache Demokratien und fördert die Korruption; dies stellt ein Druck dar, der auch in Andalusien bekannt ist. Unser bescheidener Beitrag ist es, den Schwerpunkt auf Bürgerbeteiligung zu legen, um die Demokratie zu stärken und eine zivile Ethik bei der Ausübung gewählter politischer und exekutiver Ämter zu verteidigen, die hohen Wert auf Genügsamkeit und Verpflichtung legt.

Mit der Vizepräsidentschaft der Regierung Andalusiens und mit den zwei von der IU geführten Ministerien werden wir versuchen, das Vereinbarte umzusetzen in Verbindung mit maximaler Bürgerbeteiligung und gegebenenfalls mit Mobilisierungen, falls ein Angriff auf die Souveränität der andalusischen Selbstverwaltung es erforderlich macht.

Wir sind uns dabei sehr wohl bewusst, dass uns das andalusische Volk nicht die notwendige Stärke gegeben hat, um unser gesamtes Wahlprogramm umzusetzen. Es hat uns aber genügend Kraft gegeben, um die Perspektive unseres Programms mit einfließen lassen zu können. Von dieser Realität ausgehend setzen wir Männer und Frauen der IU in diesem historischen Moment alles daran, die Verwirklichung des Regierungsprogramms zu garantieren.

Unsere Richtung in der Verhandlung war es, eine programmatische Kompromiss zu erreichen, die keine bloße Verteilung von Posten bedeutet. Jetzt geht es darum zu regieren, aber sehr dicht verbunden mit der sozialen Wirklichkeit, mit Bürgerbeteiligung und Volksbewegungen; in der Gewissheit, dass unsere Präsenz in der Regierung nicht in Widerspruch mit den Prinzipien und Werten der IU stehen darf.

Das ist die Herausforderung und wir hoffen, dass wir nicht enttäuschen werden.

José Luis Centella ist Abgeordneter und Sprecher der Vereinigten Linken (IU) im Spanischen Parlament und Generalsekretär der KP Spanien. **Willy Meyer** ist Abgeordneter im Europäischen Parlament für die Vereinigte Linke Spaniens und Mitglied des Politbüros der KP Spaniens.

Übersetzung aus dem Spanischen:
Marcial Velasco/Gerrit Höllmann

Für die Beschaffung dieses Beitrages bedanken wir uns bei **Sabine Wils,** MdEP DIE LINKE.

Die israelische Protestbewegung: Angesichts der eruptiven Umwälzungen in einigen arabischen Ländern im Verlauf des vergangenen Jahres erhob sich in Israel die Frage, was nun mit dem eigenen Land sei. Was dann aber kam, dürfte Hoffende und Geängstigte gleichermaßen überrascht haben.

Ausgehend von einer Protestinitiative einiger weniger junger Menschen auf der gutbürgerlichen Rothschild-Allee im Zentrum Tel-Avivs, kam in kurzer Zeit eine flächenbrandartig sich ausbreitende Massenprotestbewegung zustande. Was mit einer winzigen Protestbewegung begonnen hatte, kulminierte nach wenigen Wochen in stetig anwachsenden Massenkundgebungen an Wochenenden – in der bislang größten gingen rund 400 000 Menschen auf Israels Straßen. Die Regierung reagierte durch die Bildung eines Ausschusses, der in Zusammenarbeit mit Vertretern der Protestbewegung deren Forderungen zusammentragen und für institutionalisierte Entscheidungsfindungen der jeweiligen Ministerialgremien bearbeiten sollte.

Worum ging (bzw. geht) es in der Protestbewegung? Wagt man die Benennung eines kennzeichnenden gemeinsamen Nenners, so geht man wohl nicht fehl mit der Behauptung, es handle sich um eine zivilisierte Empörung des israelischen Mittelstands. Was man mit „sozialer Gerechtigkeit“ meinte, hat nicht viel gemeinsam mit dem ökonomischen Aufschrei verarmter Millionen in Ägypten. Da die israelische Wirtschaft der letzten Jahre positive Zahlen, Zuwachs und Fortschritt verzeichnen darf, handelte es sich bei den emphatischen Sommerprotesten primär um eine Verteilungsfrage: Ein eigentlich nicht schlecht verdienender Mittelstand sieht sich außerstande, die Lebenshaltungskosten des von ihm beanspruchten Lebensstandards zu bewältigen. Es geht um unhaltbare Miet-, Lebensmittel-, Kinderbetreuungs-, Bildungs-, Erziehungs- und andere Kosten des „normalen guten Lebens“, die nicht zuletzt deshalb nicht mehr bezahlt werden können, weil der von Benjamin Netanjahu seit Jahren geförderte Turbokapitalismus den israelischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat nahezu ausgehöhlt hat. Noch nie waren die sozial-ökonomischen Klüfte in Israels Gesellschaft, welche sich einst durch relative Egalität auszeichnete, so groß wie heute. Nicht aber die deutlich verarmten Klassen waren Träger der bisherigen Protestbewegung, sondern die zunehmend deklassierten Mittelschichten, die sich der Erosion ihres mittelständischen Wohllebens „plötzlich“ ausgesetzt sahen – und sich gegen diese emphatisch aufbäumten.

Aber das, was die auf Konsens ausgerichtete Erweiterung der Protestbewegung begründete, setzte ihr zugleich auch die inhaltlichen Grenzen. So beeindruckend sich die großen Massen zu aktivieren begannen, so war auch unverkennbar, was in diesen Wochen des sozialen Aufschreis ausgespart blieb. Da war zum einen der Kapitalismus kein Thema, das man auch nur im geringsten zu hinterfragen gedachte. Zwar thematisierte man mit gebührender populistischer Empörung die monströse Machtakkumulation der Tycoons, die mittlerweile große Teil der israelischen Wirtschaft in ihrem Griff haben, forderte auch ihre massive Besteuerung und regulierte Machteinschränkung. Aber alle ökonomischen Maßnahmen, die man auf die lange Liste der Forderungen an die Regierung setzte, nahmen sich aus, als wolle man lediglich die Steinchen eines festgefügten Mosaiks ein wenig verschieben bzw. umstellen, ohne aber das Mosaik als solches bzw. die ihm zugrunde liegende Anordnungslogik infrage zu stellen. Die reformerische Ausrichtung der Forderungen indizierte deutlich, daß es nicht um Systemkritik ging, sondern um die Modifikation dessen, was in seiner Grundstruktur und deren Logik die Misere erst eigentlich generiert hatte – und immer wieder generieren muß. Von Netanjahu und seinem Umfeld anfangs beschuldigt, radikale Linke zu sein, die lediglich auf seinen Sturz aus seien, fühlten sich die Führer der Bewegung bemüßigt, hervorzuheben, daß sie keine Kommunisten, ja nicht einmal Sozialisten seien, sondern nur einfache Bürger, die auf ihr Recht auf „soziale Gerechtigkeit“ pochten.

Zum zweiten achtete die Führung der Protestbewegung von Anbeginn darauf, daß die israelische Besat-

zung der palästinensischen Gebiete im Rahmen der Protestaktivitäten ja nicht zum Thema erhoben werde. Man wollte, wie es hieß, die soziale Empörung nicht „politisieren". Was sich dabei für einen europäischen Linken abstrus anhören mag (eine Massenbewegung von 400 000 Menschen auf Israels Straßen, die „soziale Gerechtigkeit" fordert, als „nicht politisch" zu apostrophieren), hat seine spezifische israelische Bewandtnis: Unter „Politisierung" versteht man hierzulande die Unterteilung in Parteizugehörigkeit bzw. -affinität hinsichtlich der Einstellung zur Okkupation und zum Siedlungswerk. Die soziale Linke hat in Israels politischer Kultur weitgehend ausgespielt, seitdem sich die Parteien, die sich historisch linker gesellschaftlicher Sicht und sozialer Politik verschrieben hatten (allen voran die Arbeitspartei), sich im Zuge der rigiden Neoliberalisierung der israelischen Ökonomie des historischen Auftrags, der ihre politische raison d'être ausgemacht hatte, entledigten. Es war bezeichnend, daß Shelly Jachimovitsch, neue Vorsitzende der Arbeitspartei, die sich seit Jahren als genuine Vertreterin einer konsequenten sozialdemokratischen Ausrichtung aufs Sozial-Ökonomische hervorgetan hat, sich über den perennierenden israelisch-palästinensischen Konflikt und dessen Lösung beharrlich ausschwieg, um auf der Höhe der Protestbewegung zu verkünden, die Besatzung beschäftige sie nicht sonderlich, sie empfinde gar eine gewisse Empathie für die Siedler und dergleichen mehr an politisch rechtsgerichtetem Gedankengut. Yachimowitsch ist Symptom: Ihr sich abzeichnender parteilicher Erfolg, der von der Massenprotestbewegung stark profitierte, war das parteiliche Spiegelbild der Haltung der Protestbewegung.

Zum dritten konnte die Regierung, gegen deren Politik sich die Protestbewegung empörte, von einer für sie beruhigenden Gewißheit ausgehen: Die Demonstranten würden keine der nationalen Konsensgrenzen überschreiten, kein Tabu brechen. Als es zu Beginn der Proteste zum Gerangel zwischen Polizei und Demonstranten kam, waren es die verprügelten Demonstranten, die, im Fernsehen danach befragt, die Polizisten symbolisch umarmten und sich mit ihnen verbrüdern wollten. Und als der Vorsitzende der israelischen Studentenvereingung Itzik Shmuly, prominenter Führer der Protestbewegung, gefragt wurde, was er tun würde, wenn man ihn während der rasanten Sturmtage des Protestes zum militärischen Reserverdienst beorderte, zögerte er keine Sekunde lang zu deklarieren, er würde seine Sachen sofort packen, um in der Armee seine Pflicht zu erfüllen. Dass genau das eine der Regierung zur Verfügung stehende Trumpfkarte sein dürfte, konnte – wie bestellt – erprobt werden, als es nach einem mörderischen Terroranschlag an der Südgrenze Israels zum Gegenschlag des israelischen Militärs und zur letalen Kollision mit ägyptischen Streitkräften in der Sinai-Halbinsel kam. Eine für jenes Wochenende ausgerufene Massendemonstration wurde sofort abgeblasen, und in den Medien war nichts von Protesten zu hören und zu sehen. Daß Netanjahu Befürworter eines israelischen Luftangriffs auf iranische Nuklearanlagen ist, dürfte in dieser Hinsicht ungeahnte Perspektiven öffnen.

Was also war der „israelische Sommer"? Eines war er gewiß nicht: Er war keine Revolution, ja nicht einmal eine Rebellion. Denn weder trachteten seine Träger, Systemstrukturen aufzubrechen, noch wollten sie die etablierte politische Macht stürzen. Der „israelische Sommer" war eine bemerkenswerte Protestbewegung von (in Israel) nie gekanntem Ausmaß. Als solche mag sie indizieren, daß es den Massen um noch etwas anderes ging als um Mietpreise und Lebenshaltungskosten, etwas, dessen sich diese Massen und ihrer Führer bislang noch nicht bewußt sind bzw. sich noch nicht zu artikulieren getrauen: Die Bekundung eines tiefen Unbehagens an der Sackgasse, in die sich Israel manövriert hat.

Moshe Zuckermann lehrt Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv. Der Beitrag wurde aus Marxistische Blätter 6/2011, S. 10 ff übernommen und von der Redaktion gekürzt.

Fortsetzung von Seite 19

der Wehrmachtsjustiz initiiert, die inzwischen mit dem Fokus auf den „Kriegsklotz" am Stephansplatz überregional bis in die Bürgerschaft hinein Wirkung zeigt.

Die Willi-Bredel-Gesellschaft (www.bredelgesellschaft.de) mit über 100 Mitgliedern verfügt über zentral am Ohlsdorfer Bahnhof gelegene Veranstaltungsräumlichkeiten (Im Grünen Grunde 1 b, 22337 Hamburg; Tel.: 040 591107). Hier werden u.a. Ausstellungen, Filmvorführungen und Informationsveranstaltungen angeboten.

Hans Matthaei ist Vorsitzender der Willi-Bredel-Gesellschaft

„Stille Unterstützung“

Das von Zbigniew Brezinski schon in den späten achtziger Jahren entworfene Projekt des „Greater Middle East“ wird erst dann vollendet sein, wenn auch in Teheran ein Regime installiert ist, welches wie in Kabul oder Bagdad den Interessen der USA nicht mehr im Wege steht.

Es wird wieder verhandelt im Konflikt über das Atomprogramm des Iran – doch ohne Erfolg. Das ist nicht verwunderlich, denn die sechs Verhandlungsführer USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, China und Deutschland beharren auf dem kompletten Verzicht Teherans auf die Urananreicherung. Darüber hinaus fordern sie, dass die Iraner alles bisher produzierte Material abliefern und die Anreicherungsanlage in Fordow schließen, die militärisch nur schwer zu zerstören ist. Der Iran hingegen pocht auf sein Recht auf Urananreicherung und fordert von der Gegenseite, dass dieses Recht grundsätzlich anerkannt wird und die Sanktionen aufgehoben werden.

Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass eine der beiden Seiten ihre Position verlassen wird. Warum auch? Teheran hat die völkerrechtliche Legitimation des Nichtweiterverbreitungsvertrages, der ausdrücklich die Urananreicherung zu friedlichen Zwecken erlaubt. Die USA verfolgen viel weitergehende Ziele als nur die Aufgabe der Urananreicherung. Denn seit 2002 firmiert der Iran in allen militärischen Dokumenten des Nuclear Posture Review und der National Security Strategy (NSS) an vorderster Stelle von allen Feinden der USA. Zu ihnen gehören noch Nord-Korea, Syrien, Kuba, Weißrussland und Zimbabwe, nachdem Irak und Libyen „befreit“ sind. Um diese „Schurken-Feinde“ von der „Tyrannei“ zu befreien und in Demokratien zu verwandeln, werden entweder „lautstarke und sichtbare Schritte hin zu sofortiger Veränderung“ unternommen oder „stillere Unterstützung zur Grundsteinlegung zukünftiger Reformen“ gewährt, wie es in NSS 2006 heißt. George W. Bush hatte seinerzeit den Präventivschlag, noch bevor es zu einem Angriff gekommen ist, in das Arsenal der „lautstarken Schritte“ eingereiht und auch den Einsatz von Atomwaffen nicht ausgeschlossen. Barak Obama hat den – übrigens völkerrechtswidrigen Präventivschlag – akzeptiert, allerdings den Einsatz von Atomwaffen stark eingeschränkt. Nur in Sonderfällen sei er auch gegen Nicht-Atomwaffen-Staaten noch möglich. Iran und Nord-Korea werden als solche Sonderfälle namentlich genannt.

Über die „stillere Unterstützung“ sickert nur ab und zu etwas durch, wenn wieder einige Atomphysiker ums Leben kommen, der rätselhafte Trojaner „Stuxnet“ als Auftragswerk von Obama enthüllt wird oder die Volks-Mujaheddin über ihre Arbeit berichten. Wir können davon ausgehen, dass die subversiven Methoden, um Iran zu destabilisieren, Dimensionen angenommen haben, die den Begriff des Krieges rechtfertigen. Das von Zbigniew Brezinski schon in den späten achtziger Jahren entworfene Projekt des „Greater Middle East“ wird erst dann vollendet sein, wenn auch in Teheran ein Regime installiert ist, welches wie in Kabul oder Bagdad, den Interessen der USA nicht mehr im Wege steht, und sei es auch um den Preis, den wir von Afghanistan und Irak kennen.

Derzeit ist die Kriegsgefahr für Iran etwas hinter den Überlegungen, wie man doch noch einen Weg zu einer militärischen Intervention in Syrien finden kann, zurückgetreten. Das sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Pläne für einen Militärschlag nicht nur in Washington, sondern auch in Jerusalem fertig vorliegen und Obama mächtig unter Druck aus dem Senat steht, die Verhandlungen zu beenden. Im Februar 2012 konnte der britische Historiker Niall Ferguson in Newsweek ein Plädoyer für den Krieg schreiben: „Der Krieg ist ein Übel. Aber manchmal kann ein Präventivkrieg die weniger schlechte Alternative zu einer Politik sein, die Appeasement betreibt ... Die größte Gefahr im Nahen Osten heute ist nicht das Risiko eines Sechstagekriegs gegen den Iran.“ Im Gegenteil: „Man kommt sich vor wie am Vorabend einer kreativen Zerstörung.“ Das ist blanker Zynismus, die Bombardements und Raketenangriffe, wie man sie aus Afghanistan, Irak und Gaza kennt, als „kreativ“ zu bezeichnen. Der Skandal ist, dass die nüchternsten Kenner des Mittleren Ostens davon überzeugt sind, dass ein Krieg kommen wird, und die Politik offensichtlich unfähig und unwillig ist, ihn zu verhindern. Sie wissen alle, dass ein Angriff auf den Iran völkerrechtswidrig ist und die Region Jahrzehnte in Flammen stehen wird, wenn der Brand erst einmal entfacht ist.

Norman Paech ist emeritierter Professor für Verfassungs- und Völkerrecht; 2005-09 Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE

Karin Leukefeld schrieb diesen Kommentar Ende Juni 2012. Seitdem hat sich insbesondere der militärische Konflikt weiter verschärft; Kofi Annan ist gescheitert. Wir drucken den Kommentar dennoch ab, weil er die nationalen, regionalen und internationalen Interessen skizziert. *Die Redaktion*

Kommentar von Karin Leukefeld

Syrien – zwischen Bast und Borke

Der Konflikt in Syrien hat sich von innen nach außen auf mindestens drei Ebenen entwickelt. Konkurrenzen regionaler Mächte und internationale Interessen in der Region schüren die innersyrischen Auseinandersetzungen. Die damit verbundene massive Militarisierung hat die Kräfte der Erneuerung in Syrien an den Rand gedrängt.

Auf nationaler Ebene kommen lang zurückgehaltene Probleme wirtschaftlicher, politischer und sozialer Natur zum Vorschein. Es gibt Zorn über die jahrzehntelange quasi Alleinherrschaft der Baath Partei, über die allmächtige Rolle der Geheimdienste, deren Repression und Korruption. Der wirtschaftliche Umbau des Landes von einer sozialistischen Planwirtschaft in eine liberale, soziale Marktwirtschaft seit 2005 hat die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert. Die damit verbundene Öffnung des Landes für ausländische Investoren (aus der Türkei, Europa, den USA und den Golfmonarchien) bedeutete für viele kleine Unternehmen das Aus. Eine langjährige Dürre in der Region des östlichen Mittelmeerraums hat bäuerliche Existenzen zerstört, massive Landflucht führte zur Explosion der Städte. Die syrische Bevölkerung ist in den letzten 20 Jahren um fast 10 Millionen Menschen auf 23 Millionen gewachsen, mehr als 50 Prozent sind jünger als 25 Jahre, viele der jungen Menschen sind ohne Arbeit. Bevölkerung, Protestbewegung und das Regime sind gespalten, was in einem Reform- und Übergangsprozess normal ist. Die Reformschritte des Präsidenten greifen aber nicht, weil die Gewalt nicht stoppt.

Regional wird die Waffengewalt angeheizt. Aus dem Nordlibanon, aus Jordanien, der Türkei und dem Irak werden Kämpfer und Waffen nach Syrien geschleust, die von Katar und Saudi Arabien geliefert und bezahlt werden. Die Golfmonarchien tragen Krieg in die Staaten politischer Widersacher, um den „Arabischen Frühling“ im eigenen Land zu verhindern. An der Seite ihrer westlichen Partner USA und EU (voran Großbritannien, Frankreich, Deutschland) befeuerten sie Krieg und Sturz von Ghaddafi in Libyen und versuchen dieses Modell in Syrien zu wiederholen. Sie wollen das Bündnis von Damaskus mit Iran (seit 1979), der libanesischen Hisbollah und der palästinensischen Hamas brechen, Letztere hat bereits Damaskus verlassen. Durch die Destabilisierung Syriens will das wahabitisch-sunnitisch-muslimische saudische Königshaus seinen Rivalen Iran, einen schiitisch-muslimischen Gottesstaat, im Kampf um die regionale Vormachtstellung am persisch-arabischen Golf schwächen. Die Türkei, die seit Jahren von einer Partei der Muslimbruderschaft (AKP) regiert wird, sieht den flächenartigen Aufstieg der Muslimbruderschaft als Bestätigung ihres „türkischen Modells“ von einer wirtschaftlich orientierten islamischen Regierung. Israel unterstützt derweil die Auslandsopposition des Syrischen Nationalrates. Der hat für den Fall einer Machtübernahme in Damaskus den Bruch mit Iran und Hisbollah verkündet.

Auf der internationalen Ebene haben sich die USA und Europa mit ihren arabischen Partnern in den Golfmonarchien auf Arbeitsteilung verständigt. Schon lange wollten sie das politisch eigensinnige Regime in Damaskus zur Aufgabe zwingen. Seit Jahrzehnten gibt es US-Sanktionen gegen das Land, das von George W. Bush auf der „Achse des Bösen“ platziert wurde. Da Drohungen nicht halfen, nutzte man den reformorientierten Bashar al-Assad für eine „Umarmungsstrategie“. Man hielt ihn in dem Glauben, sein Reformprogramm zu unterstützen, ließ von den eigentlichen Zielen aber – Abwendung Syriens von Iran, Hisbollah und Hamas, Abgabe der Golanhöhen an Israel – nicht ab. Die innersyrischen Unruhen bieten diesen Zielen eine neue Chance. Während der Westen den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Assad-Regierung stetig heraufschraubt, finanzieren die Golfmonarchien dort einen Krieg niedriger Intensität.

Die Zustimmung der westlichen Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat zur Mission des Sondervermittlers Kofi Annan und zu der damit verbundenen UN-Beobachtermission in Syrien ist unglaubwürdig. Der Sechs-Punkte-Plan, der ursprünglich aus der Feder politischer Oppositioneller aus Syrien stammt, wird instrumentalisiert. Die einseitige und stets schärfer werdende Schuldzuweisung an die Regierung von Präsident Assad verwischt die Fakten. Gelangen – durch unabhängige Medien oder Augenzeugen - andere Darstellungen an die Öffentlichkeit, werden diese umgehend als Lügen diffamiert.

Aus dem Reformkampf in Syrien ist ein Kampf um Syrien geworden. Europa, das dem Land seit 2005 vorgetäuscht hat, es bei seiner Entwicklung zu unterstützen, hat (im April 2011) den Rückwärtsgang eingelegt. Viele Syrer im Land fühlen sich politisch, wirtschaftlich und kulturell im Stich gelassen. Anstatt dem notwendigen Reformprozess in Syrien durch Vermittlung Raum zu verschaffen, wird er durch eine mörderische Allianz zwischen westlicher Eskalationsdiplomatie und Kriegspolitik der Golfmonarchien zerstört. Nur weil das Land von einem Politiker geführt wird, den man nicht will. Es wäre Sache aller Syrer ihr Land zu verändern und ihre politische Führung zu wählen, doch die fühlen sich schon lange nicht mehr gefragt.

Karin Leukefeld ist freie Journalistin, Buchautorin und Korrespondentin verschiedener Zeitungen im Mittleren Osten

Guter Anlauf

Rezension: Manfred Sohn, Der dritte Anlauf. Alle Macht den Räten

Es gibt Sachbücher, die man mehr oder weniger zur Erbauung liest und andere, weil sie von ihrem Ansatz her das Gefühl vermitteln, dass die Lektüre einfach notwendig ist. Bei Manfred Sohns „Der dritte Anlauf“ fallen beide Motive schon nach den ersten Seiten zusammen.

Erst also die Pflicht. Diese ergibt sich schon aus einer Alltagserfahrung: Immer wieder werden diejenigen, die politisch für eine Gesellschaftsform kämpfen, die die Negation des Kapitalismus darstellt, schmerzhaft daran erinnert, dass es nicht nur an Modellen fehlt, sondern auch an einer Diskussion über die Merkmale des gesellschaftlichen Ziels. Frigga Haug zitierend formuliert Sohn Letzteres als zentrale Aufgabe der Linken, nämlich „eine sozialistisch-demokratische Perspektive zu entwickeln“, weil sie „anders keinen eigenen Daseinsgrund hätte“ (S.137).

Und wo bleibt das Vergnügen? Zuversicht einflößend, fast fröhlich geschrieben, voller Ideen und Bezüge, respektlos Zeiten und Räume überschreitend skizziert Sohn seine Vorstellungen von einer künftigen Gesellschaft, die das Profitprinzip überwunden hat. Sein Entwurf soll zu einem „dritten Anlauf“ beitragen – nach der Pariser Commune und der Sowjetunion ff. 1917-1989/91. „Die Commune war ein dezentraler Anlauf zum Sozialismus“, der aus der Sicht der russischen Revolutionäre „dem koordinierten, zentralistischen Vorgehen der Reaktion“ zum Opfer fiel und aus dem sie deswegen auf die Notwendigkeit des „demokratischen Zentralismus“ schlossen – ein Begriffspaar dessen zweiter Teil bald „den ersten ... unter sich begraben hatte“ (S.22/23). Sohn sieht darin auch den Grund für den Untergang dieses „zweiten Anlaufes“.

Aus diesem Ansatz entwickelt der Autor unterhaltsam räsonierend ein Sozialismus-Modell der Dezentralisierung, belesen, mit mehreren, zum Teil ausführlichen Zitaten von den Klassikern Marx, Engels und Luxemburg (Lenin eher als Zentralisationsfan und damit warnendes Beispiel), aber auch modernen Theoretikern wie Bebel und Abendroth – um nur einige zu nennen.

Als zweiten Schwerpunkt seines Ansatzes arbeitet Sohn die Schnittmengen von Marxismus und Feminismus historisch und theoretisch heraus und zieht dabei einen Bogen von Alexandra Kollontai über Anja Meulenbelt und Heide Göttner-Abendroth bis zu Frigga Haugs „Vier-in-einem-Perspektive“.

In der Verknüpfung von Dezentralisierung, nach mehr Macht für die kommunalen und betrieblichen Räte, mit radikaler Arbeitszeitverkürzung sieht Sohn „Schlüsselelemente des Aufbruchs“ (S.151). Sein humanistisches Menschenbild wird dabei in der Verknüpfung der Arbeitszeitfrage mit dem Geschlechterverhältnis erkennbar: Wofür muß die Gesellschaft die frei gewordene Zeit nutzen? Ohne Frage für den tertiären Sektor, für eine „Orientierung auf den Reproduktionsbereich (...), also auf die Pflege menschlicher Beziehungen, die Erziehung von Kindern, die würdige Begleitung unserer Alten, die Aneignung und Entfaltung der ganzen menschlichen Kultur“ (S.153).

Gerade die gute Lesbarkeit des „Dritten Anlaufs“ lässt leicht über Fehler und Unzulänglichkeiten hinweggehen. Da ist zum Beispiel der Vorschlag der Arbeitszeitzertifikate statt Geld für geleistete Arbeit, mit denen Sohn die Probleme des Wertgesetzes im Sozialismus lösen will. Und: Es gibt gravierende historische Fehler, wie zum Beispiel die angebliche Abfolge der NÖP (Neue Ökonomische Politik) von 1921 in der jungen SU als nachfolgende Fehlerkorrektur zentralistischer Planung– die es zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegeben hat. Das „Scheitern des großartigen Versuchs in Jugoslawien“ mit der Schlussfolgerung abzuschließen, er sei letztlich „ohne Erfolg (geblieben), wie wir heute wissen: Die Republik existiert nicht mehr“ (S.130) ist, gelinde gesagt, frivol.

Auch die Machtfrage bleibt unberücksichtigt. Wenn nicht einmal die Abwehrkämpfe gegen die fortlaufende neoliberale Transformation der sozialstaatlichen Restbestände, wie zum Beispiel die Agenda 2010 oder der Fiskalpakt, in Gang kommen: Wie müssen wir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einschätzen? Wie muss dann das revolutionäre Subjekt beschaffen sein, damit ein „Dritter Anlauf“ gelingt?

Das Buch macht gleichwohl wegen seiner Furchtlosigkeit Lust auf mehr. Es muss auch viel mehr sein: vor allem mehr Diskussion, mehr Genauigkeit, aber auch noch mehr Furchtlosigkeit, wie zum Beispiel bei der Suche nach den „Wegen zum Kommunismus“. Wir sollten es vielleicht als eine kollektive Aufgabe betrachten.

Uli Ludwig ist Redakteur dieser Zeitschrift

PapyRossa Verlag; Köln 2012; 180 Seiten;
ISBN-10: 3894384913; ISBN-13: 978-3894384913

Anzeige

Europa vor Ort in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksversammlung Hamburg-Eimsbuttel

Einladung zur Veranstaltung:
Energiewende in Hamburg
Wie kann Energieversorgung zum sozialen Grundrecht werden?

Sabine Wils, MdEP DIE LINKE
Gilbert Siegler, DIE LINKE Landesvorstand Hamburg
Zaklin Nastic, Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Eimsbuttel

Freitag, 16.11.2012 um 19:00 Uhr
Nachbarschaftstreff
Langenfelde Nieland 10 (Forsterweg 46)
22525 Hamburg · (S-Bahn Langenfelde)

DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT

Frankensteins Finanzmarkt

Alle reden über die Euro-Krise. Aber nicht der Euro ist in Gefahr, sondern Demokratie und Sozialstaat in Europa. Die Bundesregierung fordert Rettung gegen Verzicht auf Souveränität und Demokratie. Sie will die Krise für einen Putsch unter europäischer Flagge nutzen, um via Brüssel von Athen bis Lissabon zu regieren.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Architektur Europas haben in eine Staatskrise geführt. Sie ist jedoch keine Krise der Staatsverschuldung. Auch Länder wie Spanien und Irland, mit einstigen Traumwerten bei der Staatsverschuldung, sind betroffen. Die Probleme weiterhin Kredite über die Kapitalmärkte zu finanzieren, sind das Ergebnis nicht die Ursache der Krise. Seit etwa 40 Jahren fällt die Lohnquote, der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, zu Gunsten der Profite. Dies hat nicht zu einer Belebung der Investitionen geführt, sondern den modernen Frankenstein Finanzmarkt gezüchtet. Die Enteignung der Bevölkerungsmehrheit bzw. der Verfall der Löhne hätte eigentlich in eine große Stagnation geführt. Diese wurde jedoch durch zwei "billige Tricks" verhindert: Führende Industrienationen wie Deutschland und Japan wurden mit niedrigen Lohnstückkosten (Löhne im Verhältnis zur Produktivität) Exportchampions mit schwachem Wachstum. Die angelsächsischen und südeuropäischen Länder finanzierten Konsum und Wachstum über Kredite.

In Europa ist diese Architektur gescheitert. Aus Bankencrash und privaten Schulden wurden Staatsschulden. Die Europäische Zentralbank (EZB) stellt den Banken eine Billion Euro zu einem Prozent Zinsen zur Verfügung, damit die Banken den Staaten Geld zu hohen Zinsen leihen bzw. Staatsanleihen kaufen. Die Finanzmärkte wissen, dass die Europäische Zentralbank und die mächtigen Player wie Deutschland im Unterschied zu den Notenbanken in den USA oder Groß-Britannien keine Garantie für notleidende Staatsschulden übernehmen werden. Daher fliegen die Zinsen für Staatskredite nach oben. Außer in Deutschland (noch): Deutschland ist der sichere Hafen für Fluchtkapital aus Spanien, Griechenland oder Portugal.

Die Bundesregierung – einst strikte Gegnerin einer Wirtschaftsregierung – nutzt die Gunst der Stunde, um immer mehr Staaten unter den "Rettungsschirm" und zu einer internen Abwertung – der Senkung der Löhne – zu zwingen. Die deutschen Banken können zugleich mit den Rettungsschirmen ihre riskanten Staatsanleihen bei den Steuerzahlern abladen. Die innenpolitische Empörung über immer neue Rettungspakete wird mit Boulevard und Stimmung gegen die faulen Nachbarn aufgefangen. Wir sollten uns aber nicht täuschen: Unsere Forderungen wie Notenbankkredite oder Euro-Anleihen werden von der Bundesregierung im Zweifel umgesetzt, bevor die Euro-Zone zerbricht. Die Bundesregierung hat ein Engagement der EZB oder die Einführung von Euro-Bonds nie grundsätzlich abgelehnt, sondern betont diese müssten am Ende eines Prozesses – nämlich der Abschaffung von Demokratie und Souveränität in Europa – stehen.

Merkel denkt längst im Weltmaßstab. Die Werkbänke Griechenland und Portugal sollen die billigen Zulieferer für die deutsche Exportindustrie werden. Eine große Stagnation nimmt die Bundesregierung dafür in Kauf – auch in Deutschland. Griechenland befindet sich nun seit der Krise in der Rezession und die Bevölkerung in einer kollektiven Depession. Die Bundesregierung hat sich zur kurzfristigen Stabilisierung zwar für höhere Löhne in Deutschland ausgesprochen und die deutsche Industrie exportiert zunehmend nach Asien. Ohne Abwicklung der Agenda 2010 und Investitionsprogramme wird dies aber nicht reichen, um die einbrechenden Exporte in die Euro-Zone aufzufangen.

DIE LINKE kann auf die Euro-Krise mit zwei Strategien reagieren: Erstens, kann sie eine koordinierte Wirtschaftspolitik für Europa fordern – ohne deutsches Lohndumping- und die Transferunion sowie Solidarität mit Griechenland predigen. Zweitens, kann sie die Rettungspakete als Bankenrettung bezeichnen, den Unmut in der Bevölkerung über Europa nicht den Rechtspopulisten und konservativen Dissidenten überlassen und für höhere Löhne, Demokratie und Sozialstaat in Deutschland kämpfen.

Eine koordinierte Wirtschaftspolitik ohne Lohndumping ist notwendig, sollte aber nicht der Kern der linken Kommunikation sein. Denn „ohne Lohndumping" ist derzeit unrealistisch. Wer jetzt mehr Europa fordert, bekommt mehr Deutschland. Außerdem treibt dies die Wähler/innen in die Arme von Rechtspopulisten: Wir müssen den Unmut in der Bevölkerung auch empfinden, wenn mehr Europa immer Rentenkürzung, Ohnmacht, Abschaffung der Demokratie oder neue Rettungspaktete bedeutet. Eine Transferunion heißt: die Bevölkerungsmehrheit zahlt die Rechnung für das deutsche Exportmodell und die Bundesregierung kann mit dem Finger auf DIE LINKE zeigen, um von ihrer Bankenrettung abzulenken. Solidarität ist bereits innerhalb eines Nationalstaats schwierig. So richtig Aufklärung gegen den Boulevard ist. Wir dürfen unsere Kräfte nicht überschätzen: Das Beste, was wir den Beschäftigten und Rentner/innen in Griechenland tun können, ist ohnehin der Kampf um höhere Löhne, Demokratie und Sozialstaat in Europa.

Fabio De Masi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der LINKE-Bundestagsfraktion,Mitglied des Bundessprecherinnenrats der Sozialistischen Linken (SL)

Ist dumm, wer arm ist?

Wen besonders soll DIE LINKE ansprechen, um bei den Bundestagswahlen im kommenden Jahr wieder erfolgreich zu sein? Die Antwort auf diese Frage setzt voraus, dass man weiß, was man will.

In ihrem Erfurter Programm fordert Die Linke Vollbeschäftigung, ein besseres Arbeitsrecht und soziale Absicherung – und das nicht im Sinne der herrschenden Wirtschaftlehre als Ergebnis niedriger Löhne und vermehrter Eigenverantwortung. Mit diesem wichtigen Programmpunkt sind die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Alten angesprochen. Aber wie sie ansprechen?

Hier ist mit einigen Fehlern und Vorurteilen aufzuräumen. Ein Kollektiv von Journalisten, PR-Leuten und Politikern hat eine recht eigentümliche Sprache entwickelt. Verdichtet wird's deutlich: „Wenn der verlässliche Fokus auf dem Zeitfenster liegt, besteht Handlungsbedarf." Da rattert die Phrasendreschmaschine! Auch wenn das in der Praxis weniger dicht auftritt: Mit diesem Gequassel kann nicht erreicht werden, wer sich mit Alltagssorgen wie Arbeitslosigkeit, zuwenig Lohn, keinem Kita-Platz, befristetem Arbeitsvertrag herumschlagen muss. Da hat man dann ein „Vermittlungsproblem". Um Engagement zu heucheln, wird öffentlich mit reichlich Metaphernsalat laut krakeelt, zur Sache aber – und darum geht's – wird nichts gesagt.

Wenn sich die Parteien mit Wahlplakaten an „die Menschen" richten, ist offenbar nicht durchweg verstanden, um was sich denn die Allermeisten sorgen. „SPD ist Currywurst" deutet allenfalls an, dass der frühere Kanzler Schröder gerne Currywurst aß und dabei einen Brioni-Anzug trug. Sibyllinisch sind einige Plakate der PDS aus dem Wahljahr 2002. Da gibt es einen Gartenzwerg mit der Losung „Minderheiten schützen". Bei der Wahl 2005 fällt ein rosarotes Plakat mit einem aufgespannten Regenschirm auf, das mit „Dem Trübsinn ein Ende. Bundesweit wählen. pds" wirbt, oder, im Wahlkampf 2009, das Bild des wohlgeformten Gesäßes von Halina Wawzyniak (in der Hose), das „Mit Arsch in der Hose in den Bundestag" auf Erfolg aus ist. Ihr Plakat soll viel Medienaufmerksamkeit ausgelöst haben. Wer sonst wurde aufmerksam? Direkt gewählt in ihrem Berliner Wahlkreis (Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg Ost) wurde Christian Ströbele von den Grünen.

Nichts gegen tatsächlich espritvolle Plakate. Aber es muss zur Sache geredet werden. Eine Partei hat damit Erfolg, dass sie das in die Debatte bringt, worüber „man" nicht spricht. Also keine bunte Partei, kein bunter Haufen. Sondern eine Partei, die ohne Tricks sagen kann: Wir vertreten das Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung.

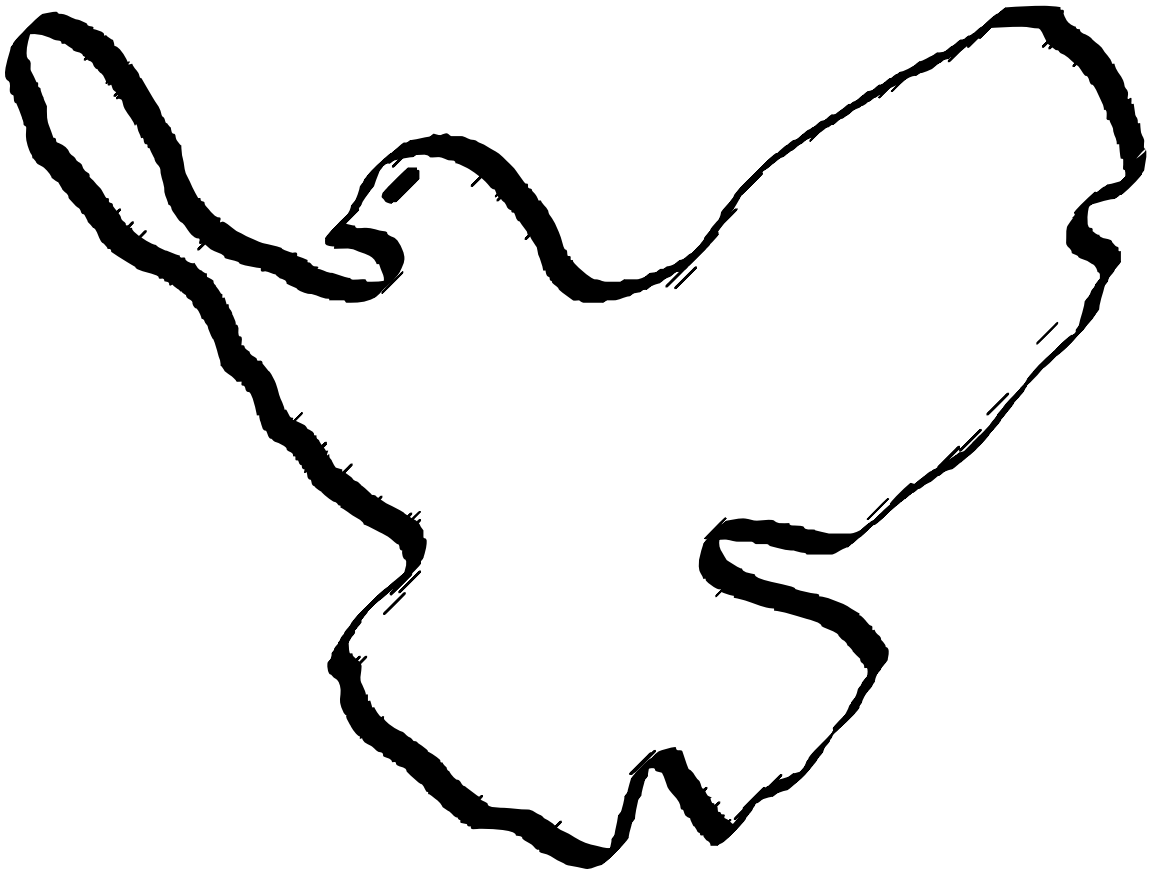
Gibt es dieses Interesse? Klar doch! Schon allein deswegen, weil die meisten keine Kapitalisten sind und schon allein deswegen gegen Arbeitslosigkeit und für soziale Sicherheit sind.

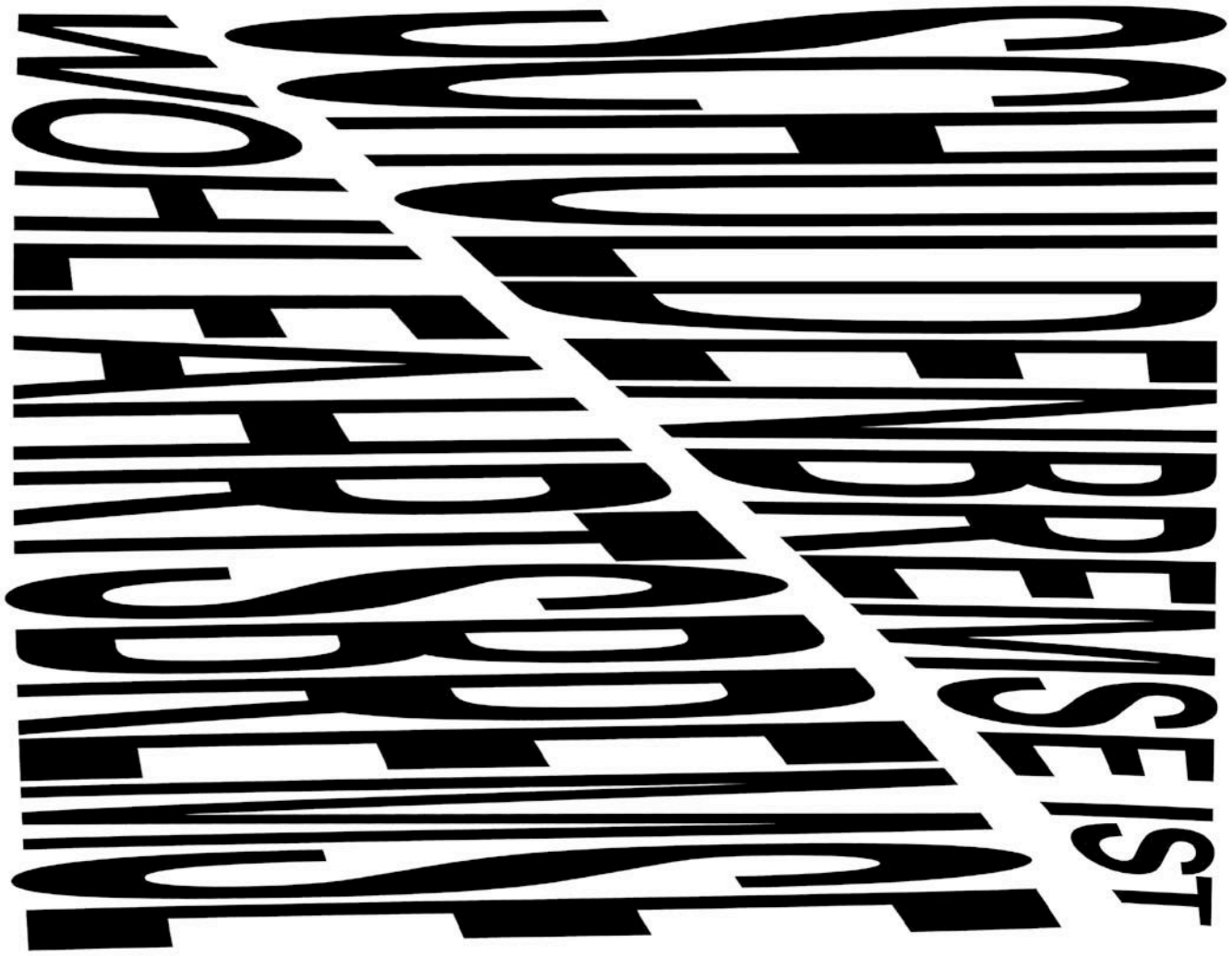
Wie soll diese Partei für sich werben? Sie muss klar zur Sache reden. In welcher Sprache? Pfaffenfloskeln wie „Wir wissen um Eure Sorgen und Nöte" und Politikaster-Lyrik (zeitnah nachhaltig) stoßen ab. Die Sprache von Böll – zum Beispiel – kann eine gute Orientierung sein: Seine so einfache Alltagssprache hat viele begeisterte Leser gefunden. Und beachten wir: Vieles lesen wir mit großer Aufmerksamkeit und Freude – und sind nicht in der Lage, so selbst zu schreiben. Die Leser also sind nicht überfordert mit einem Text, den sie selbst nicht schreiben könnten. Was aber abstößt, ist Aufgeblasenheit, Wichtigtuerei und mehr vielleicht noch das gönnerhaft-süßliche wohlmeinende Von-oben-Herab, das Bigotte und Frömmelnde.

Der Einwand dagegen ist oft schnell zur Hand: Wir müssen uns so ausdrücken, dass auch die Hartz-IV-Empfänger es verstehen. Sicherlich: Rund ein Fünftel von ihnen hat keinen Schulabschluss, bei der Bevölkerung insgesamt, soweit älter als 15 Jahre, sind es nur vier Prozent. Aber beim Hauptschulabschluss liegen die Anteile mit 38,5 bei den Harz-IV-Empfängern und 37 Prozent bei der Bevölkerung insgesamt nicht weit auseinander, bei der mittleren Reife sind die Anteile 21,2 bzw. 25,8 Prozent und bei der Fach- und Hochschulreife ist das Verhältnis 9,2 zu 25,8 Prozent. Bei der Berufsausbildung sieht die Sache so aus: 37,9 Prozent der Empfänger von Hartz IV haben eine berufliche oder schulische Ausbildung, bei der Bevölkerung insgesamt sind es 50,3 Prozent. Bei der akademischen Ausbildung ist das Verhältnis 3,1 zu 21,1 Prozent.

Aber was bedeutet ein Schulabschluss oder eine Berufsausbildung, wenn es darum geht, einen Text lesen zu wollen, der sich mit der eigenen Lebenslage auseinander setzt, der die Dinge beim Namen nennt und nicht die vom Markt Ausgesiebten für ihre Lage verantwortlich macht? Was bedeutet die formale Qualifikation, wenn es um das zutreffende politische Urteil geht? Beachten wir: In den Wahlen vor 1933 wurde nachweislich in denjenigen Bezirken links gewählt, in denen überwiegend Leute mit einem Volksschulabschluss wohnten. Die richtigen politischen Einsichten sind offenbar nicht abhängig vom Niveau des formalen Schulabschlusses. So gesehen hat Die Linke alle Chancen, von denen, auf die es besonders ankommt, verstanden zu werden.

Herbert Schui ist emeritierter Professor für Ökonomie an der (ehemaligen) Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP) und war Bundestagsabgeordneter der LINKEN von 2005 bis 2010, www.herbert-schui.de





„Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre - die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“

aus: Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1847/48). In: dies.: Werke. Bd. 4.

www.die-linke-hamburg.de/politik/publikationen.html
debatte@die-linke-hh.de